

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

13 (16.1.1931)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-  
setzung 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Die Reichs-Millimeter-  
zeile, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erlösungs-  
zeit und Verfallenszeit in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heim und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Dhr. Zahlung 2.20 Mark o. Durch die Post  
2.50 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich  
vermiltags 11 Uhr o. Postkonten 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-  
lsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Mitler: Durlach, Haupt-  
straße 9; B.-Baden, Jaghausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 13

Karlsruhe, Freitag, den 16. Januar 1931

51. Jahrgang

## Die Finanzdebatte

Finanzlage und Gemeindepolitik / Die Gehälter der höheren Gemeindebeamten  
Nicht nur Kritik, sondern auch Vertrauen

Berlin, 15. Jan. (Sta. Draht) Im Haushaltsausschuß des Reichs-  
tags wurde am Donnerstag die Debatte über die finanzielle Lage  
Deutschlands fortgesetzt.

Abg. Cremer (D. Vpt.) hielt eine lauge Rede, in der er sich  
wiederholt sehr scharf gegen die Regierung wandte. Er erklärte  
eindeutig, daß die Rede des Reichsfinanzministers ihn und seine  
Freunde aufs höchste befremdet hätte, und er es für durchaus falsch  
halte, daß Dr. Dietrich sich lediglich darauf beschränkt habe, ein  
Bild der Finanzen zu geben. Selbst dieses sei seiner Ansicht nach  
nicht richtig und werde nicht viel ungünstiger werden, als Dietrich  
es angenommen habe. Es sei notwendig, die Finanzen in engere  
Beziehungen zu der gesamten Reichspolitik zu stellen und sie in  
diesem Rahmen zu betrachten. So beste die Frage einer Revision  
des Youngplans die Bereinigung der Reichsfinanzen voraus.  
Keine Reichsregierung könne mit irgend einer ausländischen Re-  
gierung über Änderungen des Youngplans in eine Debatte ein-  
treten, wenn nicht absolute Sicherheit dafür sei, daß die Reichs-  
finanzen in sich in Ordnung seien und der ausländische Kapital-  
markt nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Finanz-  
politik sei nicht, wie der Reichsfinanzminister seiner Rede nach  
angenommen habe, ein Ding für sich, sondern nur ein Teil der all-  
gemeinen Innen- und Außenpolitik.

Auch den Neuerungen des Ministers bezüglich der Gemeinden  
sei nicht auszufinden. Man habe zwar den Gemeinden neue Ein-  
nahmesquellen eröffnet, aber viele der Gemeinden könnten sie nicht  
durchführen und wo sie durchgeführt wären, würden sie nicht die  
erhofften Beträge bringen, ganz abgesehen davon, daß auf der  
anderen Seite dadurch die Reichseinnahmen abgedeckt werden. Viel  
wichtiger als die Erschließung neuer Einnahmesquellen für die Ge-  
meinden sei es, den stärksten Druck auf die Gemeinden bezüglich  
einer Einschränkung ihrer Ausgabenwirtschaft zu üben.

Die Deutsche Volkspartei werde ihre weitere Mitarbeit zunächst  
davon abhängig machen, daß im Plenum in klarer getragener Form  
die Einwirkung des eventuellen Fehlbetrags, von dem der  
Minister gesprochen habe, auf der Ausgabe Seite erfolge. Es werde  
auch notwendig sein, daß der Minister Aufklärung gebe über die  
von ihm in Süddeutschland entwickelten Pläne einer Einschränkung  
der Arbeitslosigkeit.

„Ist es wahr“, so fragt Dr. Cremer, „daß der Plan bestehe, pro  
Kopf eines neu einzustellenden Arbeiters dem betreffenden Betrieb  
1000 Mark Zuschuß zu zahlen unter der Verpflichtung, daß der  
Arbeiter mindestens ein Jahr beschäftigt werde? Wie steht es mit  
dem, auch in der Öffentlichkeit ventilierten Projekt, durch Ver-  
teuerung von 750 Millionen Mark öffentliche Arbeiten in Gang zu  
setzen? Wie will der Minister diese 750 Millionen beschaffen?“

### Abg. Dr. Hilferding (Soz.)

Der Fehlbetrag des deutschen Haushalts für 1931 werde sich  
etwa in Höhe von 1200 Millionen RM. bewegen, nicht nur wie  
veranschlagt, in Höhe von 900 Millionen. Dieser Anfall werde  
sich so verteilen, daß die Länder und Gemeinden einen Ausfall  
von rund 400 Millionen und die Knappschaften einen Ausfall von  
125 Millionen Mark haben würden. Bei den Knappschaften ent-  
stehe die große Frage, wie dieser Ausfall gedeckt werden solle. Die  
Leistungen der Knappschaften seien schon so stark gedrosselt, daß  
eine weitere Drosselung im Interesse der schwer arbeitenden Ver-  
sicherter nicht mehr möglich sei. Andererseits lasse die jetzige Bei-  
tragshöhe eine weitere Steigerung nicht zu. Es erwies sich also  
die Aufstellung eines Plans über die Sanierung der Knappschaften  
als notwendig. Was die Gemeindefinanzen betreffe, so sei es für  
den Außenstehenden sehr schwierig, sich ein ganz genaues Bild dar-  
über zu machen. Manches im Wandel der Gemeindefinanzen ver-  
stehe. Es sei nicht zu verantworten, daß die Bezüge der Ge-  
meindebeamten immer noch nicht der Reichsbesoldungsordnung an-  
gepaßt worden seien. Trotzdem müsse man sich mit Ernst und  
Sorgfalt die Frage vorlegen, ob die Gemeinden einen so großen  
Ausfall, wie er für 1931 zu erwarten sei, auch tragen könnten.  
Man müsse mit einem Rückgang der Gemeindesteuern von ungefäh-  
er 10 v. H. rechnen, was für die Gemeinden für 1930 eine Minde-  
ereinnahme von etwa 270 Millionen bedeuten würde. Demgegen-  
über stehe die Erhöhung der Wohlfahrtsverweisungen. Hierfür  
müsse man eine Ausgabe von etwa 600 Millionen schätzen, also  
etwa 400 Millionen mehr, als in dem Haushalt eingeplant seien.  
Der gesamte Fehlbetrag der Gemeinden im Jahre 1930 betrage  
etwa 750 Millionen Mark. Diesem Defizit ständen die Steuern  
aus der Notverordnung gegenüber, die etwa 180 bis 200 Mil-  
lionen ergeben. Es sei wohl nicht zu pessimistisch, anzunehmen,  
daß die Zahl der Wohlfahrtsverweisungen sich im Jahre 1931 noch  
erhöhen werde. Das bedeute für die Gemeinden einen Verbrauchs-  
anstieg von etwa 500 Millionen gegenüber dem ursprünglichen An-  
satz von 1930. Dadurch wird das Defizit der Gemeinden für 1931  
auf über 1100 Millionen erhöht. Von diesen 1100 Millionen könn-  
ten etwa 400 Millionen Mark durch die Steuererhöhungen aus der  
Notverordnung und 200 Millionen durch Ersparnisse durch die  
Gesetzgebung abgedeckt werden. Von dem verbleibenden Fehlb-  
betrag von 500 bis 550 Millionen könnten 200 Millionen durch  
Einsparungen, die leider gerade kulturell und sozial bedeutsame  
Aufgaben betreffen, eingespart werden, weiter 100 Millionen aus  
dem Darlehnsfonds. Es scheitert nicht an, die Sache der Ge-  
meindebeamten isoliert zu betrachten. Sie sei auch eine Sache des

Reichs. Man werde wohl nicht darum herum kommen, daß ein  
Teil der Lasten der Wohlfahrtsfürsorge den Gemeinden abgenom-  
men und auf Reich und Länder verteilt werden müsse. Man könne  
natürlich am Reichsetat noch sparen. Die sozialdemokratischen An-  
träge zielten auf weitere Einsparungen bei der Reichswehr und  
bei der Reichsmarine hin. Gegebenenfalls werde man auch bei  
Luftfahrtsubventionen noch einige Schritte vornehmen können.  
Anschließend der Not der Gemeindefinanzen seien aber die vom  
Reichsfinanzminister angekündigten Entsetzungen der Reichsteuern  
wfm. recht problematisch.

### Reichsfinanzminister Dietrich

wies auf die Sorgen hin, die jetzt auch in Amerika in der Haus-  
haltslage bestehen: Zum erstenmale werden dort jetzt die Re-  
parationszahlungen zur Bilanzierung des Etats verwendet und  
trotzdem ist immer noch ein Defizit vorhanden. Ähnlich stehe es  
in England, wo die Steuern in ganz ungewöhnlicher Weise an-  
gezogen werden mußten. Das die Staatswirtschaft Italiens sich in  
Nöten befindet, ist auch allgemein bekannt. Wenn man dies alles  
bedenke, so wird man die Schwierigkeiten Deutschlands, seine Fi-  
nanzen in Ordnung zu halten, verstehen.

Vor allem müsse man sich davor hüten, die Dinge allzu sehr  
schwarz in schwarz zu sehen, denn solche schwarz-weiße Reden  
tragen nur dazu bei, die Psychose zu verstärken. Die Unter-  
nehmenslust erstickt. Es habe naturgemäß niemand die Entwick-  
lung der Dinge in der Hand, niemand könne mit Bestimmtheit  
sagen, ob es besser oder schlechter werde. Jedenfalls kann man  
keine ernstlichen Besorgnisse für die eine oder andere Richtung vor-  
bringen. Nur eines wäre sicher, daß alle Kräfte, also auch die  
gegenwärtigen, einen mellenförmigen Verlauf nehmen, und daß des-  
halb die jetzt bestehenden Zustände nicht ewig bleiben könnten.  
Es fragt sich nur, ob wir uns noch auf dem Wege zum Tiefpunkt  
befinden oder ob wir bereits den Tiefpunkt überschritten haben.  
Jedenfalls werde ein vernünftiger, gemäßigter Optimismus uns  
helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Jede weitere Erhöhung der Reichsteuern müsse verhindert  
werden. Die Besoldung der Gemeindebeamten gäbe in vielen Fällen  
zu Bedenken Anlaß. Es stehe in einem merkwürdigen Widerspruch  
zu der Finanznot der Gemeinden, wenn die zu hoch bezahlten  
höchsten Beamten der Gemeinden sich weigern, bei der Gehalts-  
förmung mit gutem Beispiel voranzugehen. Wenn die Reichs-  
regierung einen Weg gehabt hätte, die höhere Besoldung der Ge-  
meindebeamten auf das richtige Maß herabzusetzen, so wäre das  
geschehen. Der vormalige Reichsminister Dr. Cremer hat er-  
klärt, daß es Aufgabe der Reichsregierung sei, Vorschläge für  
Einsparmaßnahmen im Reichsetat zu machen. Die Reichsregierung  
habe bewiesen, daß sie gewillt ist, die Führung in der Hand zu  
halten, aber sie kann verlangen, wenn äussermächtige Sparvor-  
schläge gemacht werden, daß man ihr wenigstens Anhaltspunkte  
gibt, an welchen Stellen diese Einsparungen erfolgen sollen.

In Bezug auf die Arbeitsbeschaffung betonte der Minister, das  
er in Stuttgart seine Vorschläge nicht in der adonitischen Form  
gemacht habe, wie es nach der Presse schein. Zum Beweis dessen  
verlas er aus dem amtlichen Bericht über seine Stuttgarter Rede  
einige Stellen. Der ausländische Minister Stegerwald prüfe zur  
Zeit die Sache, und werde im Reichstag zur gegebenen Zeit dar-  
über berichten. Die Angaben Dr. Hilferdings, daß durch den An-  
stieg für die 700 000 Wohlfahrtsverweisungen 1930 die Gemein-  
den mehr belastet seien, sei zunächst insofern nicht richtig, als mit  
dieser Zahl nicht als Durchschnittszahl für das ganze Jahr gerech-  
net werden könne, sondern daß diese Zahl nur am Ende des Rech-  
nungsjahres vorhanden sei. Außerdem hätten die Gemeinden An-  
sprüche hierfür im Etat. Das Reich könne nicht für die Gemeinden  
sorgen, denn die Gemeinden seien Organe für sich. Die Gemein-  
den müßten in erster Linie unter eigener Verantwortung handeln.

Abg. Erling (Z.) protestiert auf das Schärfste gegen die jour-  
nalistische Aufmachung der Mittwochsrede des Reichsfinanzministers,  
in einem Teil der Berliner Presse. In der Presse sei es so dar-  
gestellt worden, als ob ein neues Defizit von einer Milliarde zu  
verzeichnen sei, während die Entwicklung im Jahre 1930 zu den  
bisher genannten 900 Millionen zusammen auch nur möglicher-  
weise einen weiteren Fehlbetrag von 100 Millionen erbringen  
würde. Das Gerücht, das durch eine solche Berichterstattung in  
Deutschland herangezogen wird, sei so groß, daß man sich über-  
legen sollte, ob die Regierung nicht gegen eine solche sensationelle  
und unwahre Berichterstattung einschreiten sollte. Wenn der Fin-  
anzplan in Ruhestand so kritisiert worden wäre, wie in Deutsch-  
land das Finanzproblem des Reichs, würden solche Berichts-  
erfasser einfach aufhängen werden.

Weiterberatung Freitag.

### Eine Dietrich-Krise?

Berlin, 16. Jan. (Kundendienst) In parlamentarischen Kreisen  
erörtert man zurzeit die Frage, ob die Stellung des gegenwärtigen  
Reichsfinanzministers länger zu halten ist. Wie verlautet,  
haben in maßgebenden parlamentarischen Kreisen in den letzten  
Tagen bereits Besprechungen darüber stattgefunden, ob man den  
gegenwärtigen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich länger halten  
kann. Die Besprechungen haben hauptsächlich im Kreise der an dem  
Bestand der Regierung interessierten bürgerlichen Parteien statt-  
gefunden.

## Die Reparationsdebatte

Warnung vor Illusionen

In leichtfertiger Weise werden z. B. im deutschen Volke  
hoffnungen erweckt, als ob wir in aller nächster Zeit vor  
einer wesentlichen Entlastung, wenn nicht gar vor einer Ab-  
schaffung der Reparationen stehen würden. Diese von nationa-  
listischen und dieser nebelstehenden Seiten verbreiteten  
Illusionen, welche von einem Teil der bürgerlichen  
Presse weitergetragen werden, eulen in toten Kreisen die  
Meinung noch, als ob Deutschland nur fest auszuhalten  
bräuhete, um die Welt seinen Wünschen gefügig zu machen.  
Selbst wird durch diese harten Gesellen so liberalen und  
liberalen Art das Gegenteil von dem erreicht, was Deutsch-  
land braucht und stattdessen in der Welt Interesse für  
untere dringenden Forderungen finden, schließen sich die frühe-  
ren Ententestaaten wieder immer mehr gegen uns zusammen.  
Wenn wir daher wollen, daß in absehbarer Zeit wenigstens  
eine Ermäßigung unserer schweren Lasten erfolge,  
so müssen wir alles andere tun, als die nationalsozialisti-  
schen Besetze befolgen, und wir müssen versuchen, durch eine  
Politik der Verständigung, die uns die Befreiung  
der besetzten Gebiete brachte, auch weiterhin erfolg-  
reich am Aufweg Deutschlands zu arbeiten, der jetzt durch  
die Weltwirtschaftskrise unterbrochen wurde. In diesem  
Sinne wird die jetzt in Genf beginnende Zusammenkunft  
der Außenminister ein Präzedenzfall für die Weiterentwicklung  
der internationalen Politik. Wie es speziell mit der Re-  
parationsfrage steht, die allerdings nicht unter den Genf  
zur Beratung kommenden Gegenständen sich befindet, darüber  
informieren nachfolgende sachliche Ausführungen:

Daß in Deutschland bei jeder neuen Verschärfung der Wirt-  
schaftskrise der Wunsch nach Entlastung von Re-  
parationsverpflichtungen härter zum Ausdruck kommt,  
ist eine ganz natürlich Erscheinung. Das Gefühl, daß alle  
Voraussetzungen für die Anwendung der Revisionsmöglich-  
keiten des Youngplans gegeben sein sollten, wird immer  
stärker. Es wird dadurch unterstügt, daß schon die Verände-  
rungen des internationalen Preisniveaus, also damit des  
Goldwertes, die sich im Verlaufe dieser internationalen  
Wirtschaftskrise durchsetzen, billigerweise den Anlaß zur  
Revision der Reparationslasten geben sollten.

Weder über den Wunsch nach Entlastung noch über  
die wirtschaftliche Berechtigung dieses Wunsches wird es in  
Deutschland, d. h. auf der Schuldnerseite, Meinungs-  
verschiedenheiten geben. Die entscheidende Frage ist  
aber gar nicht die, in welchem Grade wir Schuldner unter uns  
einig sind über die Schwere und Unbilligkeit der  
Last, die wir zu tragen haben, sondern in dem Augenblick  
müssen wir uns auch darum kümmern, wie es auf der  
Gläubigerseite aussieht.

Ein Teil der deutschen Presse hat es eine Zeitlang für  
gut befunden, jede an sich gewiß begründete Stimme,  
möge sie von einem amerikanischen Bankier oder von diesem  
oder jenem fortschrittlichen Politiker oder Nationalökonom  
kommen, die sich für eine Revision des Youngplans ausge-  
sprochen hat, den deutschen Lesern in einer Form mitzuteilen,  
die den Eindruck erwecken mußte, als ob in der ganzen Welt  
die Stimmung bereits für eine Revision gegeben wäre.  
Die Wirklichkeit ist leider von dieser Darstellung weit  
entfernt. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß  
von den auf Grund des Youngplans vereinbarten Zahlungen  
der größte Teil über die Begleichung der interalliierten Schul-  
den nach Amerika fließt. Von den rund 1700 Millionen,  
die als Rate für das Finanzjahr 1931/32 von Deutschland zu  
zahlen sind, fließt rund eine Milliarde nach den Verei-  
inigten Staaten. Der amerikanische Senat aber hat im  
Dezember noch jede Neuregelung der interalliierten Schulden,  
die eine entscheidende Voraussetzung für eine ernsthafte Re-  
vision der deutschen Reparationslasten wäre, einmütig abge-  
lehnt. Ebenso wenig ist in irgendwelchen maßgeblichen  
französischen oder englischen Kreisen aus der letzten Zeit  
die Meinung zur Revision zu verspüren. Im Gegenteil, man  
muß nüchtern konstatieren, daß die Vertiefung der ernsthaften  
Debatte um die Entlastung der Reparationslasten, die in  
dieser Krise als ganz natürlich empfunden wird, mit dem  
nationalistischen Geschrei in Deutschland, das nicht nur auf  
die Entlastung der Reparationen im Rahmen des Youngplans  
gerichtet ist, sondern gleichzeitig die Revision des  
Versailler Vertrages nach allen Seiten und mit  
allen Mitteln propagiert, dazu geführt haben, daß sich engli-  
sche und französische Stellen gegenseitig ihre Solidarität  
in der Abwehr deutscher Forderungen versichern,  
wie dies erst vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten  
Artikel der „Times“ zum Ausdruck kam.

Für die richtige Einschätzung der Frage des Zeitpunktes, in  
dem deutsche Bemühungen auf die Entlastung der Reparations-  
lasten praktische Erfolge versprechen können, muß man sich  
immer vergegenwärtigen, daß eine schwere Wirtschaftskrise  
nicht nur bei uns herrscht, sondern daß sie auch mit einer rela-  
tiv kaum geringeren Arbeitslosigkeit in den Verei-  
inigten Staaten, in England, in Italien und vie-  
len anderen Ländern wütet. Solange in dieser Situation eine  
Entlastung der deutschen Reparationszahlungen die unmittel-  
bare Folge in den Empfangsländern hätte, daß sie ihre  
Steuern erhöhen müssen, werden begreiflicherweise in  
der Krisenzeit die Widerstände in den Regierungen und bei  
den breiten Massen der Bevölkerung außerordentlich stark  
sein. Trotzdem besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich all-  
mählich die Voraussetzungen für eine Revision  
der Zahlungen nach dem Youngplan verbessern.  
Sehr wichtig wäre es in dieser Beziehung z. B., wenn sich auf

Grund der Senkung der Zinssätze in Amerika, in Frankreich, in England eine Konvertierung der inneren Kriegsschulden, d. h. eine Umwandlung der höher verzinslichen inneren Kriegsanleihen in niedriger verzinsliche durchgeführt werden würde. Ihre Verwirklichung im Laufe des Jahres 1931 würde unter Umständen die Voraussetzung dafür schaffen, daß eine Herabsetzung der Reparationszahlungen sich vollziehen könnte ohne steuerliche Ansprüche an die Bevölkerung in den Gläubigerländern.

Wenn man wirklich ernsthafte Arbeit für die Revision der Reparationslasten leisten will, so ist es notwendig, sich der realen Widerstände auf der Gläubigerseite bewußt zu sein und die Möglichkeiten für die Überwindung dieser Widerstände abzutasten und vorzubereiten. In Wirklichkeit hängen die Voraussetzungen für einen Erfolg der Revision der Reparationslasten ab vom Verlauf der internationalen Krise und von der Schaffung der internationalen politischen Voraussetzungen für einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Weil dem so ist, muß man sich auch darüber klar sein, daß die größte Gefährdung des Prozesses der weiteren Senkung der Reparationslasten in einer Außenpolitik liegt, die nicht klar auf dieses, nur auf dem Wege der Verständigung zu erreichende Ziel eingestellt ist, sondern die aus Populartäusch die verschiedensten Ziele, von denen an sich jedes berechtigt sein mag, auf einmal lärmhaft vertritt mit dem Erfolg, in der Welt die Atmosphäre des Mißtrauens zu verschärfen.

**Wirtschaftskrise vor Frankreichs Toren**

Paris, 15. Jan. (Eig. Draht.) Die erste Arbeitssitzung der Kammer begann am Donnerstag in ruhiger Stimmung. Die Tardieu-opposition, die alles auf eine großangelegte Offensive gegen die Regierung Steeg vorbereitet hatte, hat sich im letzten Augenblick eines Besseren beonnen, ihre Interpellationsanträge über den Dürrestand sind alle zurückgezogen oder vertagt worden. Kammerpräsident Bouisson eröffnete die Sitzung; mit einer Eröffnungsansprache, in der er der Kammer zunächst für das bei seiner fünften Wiederwahl ausgesprochene Vertrauen dankte. Dann gab er einen kurzen Überblick über die innenpolitischen Tagesprobleme und sprach sich insbesondere eingehend über die Wirtschaftskrise aus. Im Vergleich mit anderen Ländern habe Frankreich noch nicht allzusehr darunter zu leiden gehabt, jedoch sei auch für Frankreich die Zeit der wirtschaftlichen Prosperität vorbei. Schon jetzt habe die Kammer einige Notstandsmaßnahmen beschließen müssen und der fünfjährigen Plan werde weiter dazu beitragen, der Wirtschaft den nötigen Anstoß zur Überwindung der Krise zu geben. Zur Außenpolitik übergehend, betonte Bouisson, daß die Friedenspolitik Deutschlands und der Gedanke der Europa-Föderation überall Zustimmung gefunden hätte. Obwohl die Führung der französischen Außenpolitik durch gewisse Ereignisse jenseits der Grenzen sehr viel schwieriger geworden sei, habe Frankreich weder Nervosität noch Unbehagen gezeigt.

**Warnung vor wilder Arbeitsaufnahme in Frankreich**

Nach Mitteilungen in der französischen Presse plant die französische Fremdenpolizei in Zukunft gegen alle in Frankreich arbeitenden Ausländer, die nicht im Besitze einer ordnungsmäßigen Arbeitserlaubnis sind und sich verbotenerweise in Frankreich aufhalten, rüchlos vorzugehen. Es wird deshalb dringend vor der wilden Arbeitsaufnahme in Frankreich gewarnt. Wer in Frankreich zu arbeiten wünscht, wende sich an ein deutsches Arbeitsamt, das die nötigen Auskünfte erteilt.

**Die Gehaltskürzung in Preußen**

Severing stellt seine Aufwandsentschädigung der Polizei zur Verfügung. Der preußische Staatsrat gab der Verordnung der preußischen Staatsregierung über die Gehaltskürzung der Staats- und Gemeindebeamten seine Zustimmung. Im Verlauf der Debatte erklärte der Sozialdemokrat Schred-Nielsen, daß die Sozialdemokraten mit der jekalen Regelung des Gehaltsabzuges nicht einverstanden seien. Sie hätten vor allen Dingen eine logischere Staffelung gewünscht. Um Verbesserungen zu erreichen, seien aber Mehrheiten im Reichstage notwendig. Gegenüber dem nationalsozialistischen Redner Sprenger erklärte er, daß Innenminister Severing seine Aufwandsentschädigung der Polizeistärke zur Verfügung gestellt habe; es sei ihm noch nicht bekannt geworden, daß die nationalsozialistischen Minister in gleicher oder ähnlicher Weise gehandelt hätten.

**Der Bergarbeiterstreik in Südwales**

London, 15. Jan. (Eig. Draht.) Die Aussichten für die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Südwales haben sich gebessert. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist in London unter der Führung der Regierung ein Kompromiß erzielt worden. Für die nächsten zwei Monate soll der 7/8-Stundentag ohne Lohnverzicht fortbestehen. Dann wird ein Schiedsgericht zusammentreten, das über die Arbeitszeit in den nächsten zwölf Monaten eine Entscheidung fällen soll, und zwar unter der Voraussetzung der Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne.

**„Affentheater“ in der Wirtschaftspartei**

Berlin, 15. Jan. (Eig. Draht.) Das Schiedsgericht der Wirtschaftspartei, das am Donnerstag in Berlin tagte, hat sich den Spatz geleistet, den Reichstagsabgeordneter Collofer aus der Wirtschaftspartei ausspricht, obwohl er dieser Partei bereits 24 Stunden vorher den Rücken gekehrt hat. Collofer selbst bezeichnete den Spruch des Parteischiedsgerichts mit Recht als „Affentheater“.

**Zweierlei Recht in Thüringen**

Arnolds, 15. Jan. (Eig. Draht.) In Thüringen gibt es seit der Herrschaft Frias zweierlei Recht. Die bisherigen Nationalsozialisten hatten für Donnerstag eine Versammlung angekündigt. Die republikanischen Organisationen bezogen daraufhin ebenfalls eine Rundgebung ein. Die Veranstaltung der Republikaner wurde verboten, indem sämtliche Anmahlungen auf dem für die republikanische Veranstaltung vorgesehenen Platz für Donnerstag abend unterlag worden sind. Die Versammlung der Nationalsozialisten durfte dagegen stattfinden.

**Dauerunruhe in Indien**

In Bombay wurden neue schwere Kämpfe befürchtet. Das allindische Kriegskomitee hat einen neuen Streik und einen Feiertag für die Dingerichteten angelehrt. Alle Schulen, Geschäftshäuser und Fabriken sollen geschlossen bleiben.

**„Hut ab . . . .!“**

**Die Reverenz der Nazis vor dem Verwaltungsgerichtshof**

„Hut ab vor den Richtern . . .“, jubelte der Führer am Mittwochabend über die Entscheidung des badischen Verwaltungsgerichtshofes wegen des Verbots des Tragens der Hitleruniform.

Außer den Naziregierungen in Thüringen und Braunschweig hat sich bisher noch keine Regierung, keine Behörde, keine Institution der Deutschen Republik einer nur einigermaßen anständigen Behandlung und Beurteilung durch die Nazidemagogen und deren Presse „erfreuen“ können, nicht einmal das Reichsgericht, das sich gegenüber den Nazis bisher wirklich nicht unfreundlich erwiesen hat.

Dem Verwaltungsgerichtshof des badischen „Müchsterlandes“ ist als „republikanische“ behördliche Instanz zum ersten Male die hohe „Ehre“ zuteil geworden, in der Nazipresse gelobt zu werden.

„Hut ab vor den Richtern . . .“ Wir respektieren: der Herr Reichspräsident, der sicher als Soldat und auch als Reichsoberhaupt in altpreussischer Pflichten treue stets seines Amtes waltet, ist von den Nazis schon rüchlos angepöbel worden.

Aber: „Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Alle bisherigen Reichsminister, mochten sie nun gottverfluchte Nazisisten oder Bürgerliche sein, werden in Hunderten von Naziverfassungen beschimpft und heruntergerissen.

Aber: „Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Außer dem famolen Heimkrieger Fric in Thüringen, dem teufelischen Helben, der eine mordsmäßige Scheu davor hatte, während des Weltkrieges sich feindlichen Kugeln auszusetzen, damit er später fürs Dritte Reich werben kann, und außer dem famolen braunschweigischen Naziminister Franzen, der als Jurist, ehemaliger Richter und Minister Schulze anknüpfte, werden von den Nazis alle Minister im Reich und in den Ländern geradezu als Ausföge behandelt. Kein Schimpfmort ist den Nazis zu gemein, um es nicht gegen Minister auszusprechen. Aber:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Die Parlamente, die Gemeindebehörden, überhaupt alle und alle, die in der von den Nazis so verfluchten Republik ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, um unter schmeren Verbältnissen das Reich und das deutsche Volk nicht dem Untergang zu weihen, sind Schurken, Verräter, Zämmerlinge, Tributnechte, Heloten des Judentums, aber:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

In den organisierten Banden der Nazis sitzen gerichtsnotorische Mörder, Betrüger, Sittlichkeitsverbrecher, Diebe und ähnliche herrliche Zeitgenossen. Seit Mittwoch, den 14. Januar im Jahre des Heils anno 1931 neigt sich entzückt Hitlers Chor der Rache und der politischen Erbarmlichkeit und hört auf das Kommando:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Prominenteste Mitglieder der Hitlerpartei haben feierlich gegebenes Ehrenwort gebrochen und sich dessen gerümt, die gesamte Hakenkreuzermannschaft hat dazu gejubelt. Jetzt sind diese Herrschaften in den neuen Jubel ausgebrochen:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Es gibt in Deutschland kaum noch einen anständigen Menschen, der von den Hitlerbanden nicht in unfähigster Weise beschimpft und verkleumt worden wäre. Nur ein Kollege erfreut sich ihrer Hochachtung:

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Sie sind, wie ihnen der Führer ganz ausdrücklich beheimlichte, Männer von nicht geringem Mut.

„Hut ab vor den Richtern des badischen Verwaltungsgerichtshofes . . .!“

Da können auch wir nicht mehr widerstehen, da müssen wir mitrufen:

„Hut ab vor einem solchen Gerichtshof und vor seinen Richtern!“

NB. Wie wir gestern schon dargelegt haben, verböht der Führer die badische Regierung, weil er viel schneller das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes kannte und propagandistisch auszunutzen veruchte, als die Regierung zu Gegenmaßnahmen schreiten konnte. Dem ist in der Tat so. Noch am gleichen Tage hat die Nazifraktion im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des neuen Uniformverbots fordert und ehe der Innenminister den Inhalt des Urteils kannte, verarbeitete die Nazimannschaft in der Hitleruniform auf der Kaiserstraße. Sie waren auch schon genau instruiert, was sie den Schulkeuten zu antworten haben, wenn sie angefaßt werden, was ja passiert ist.

Die Gausleitung der Nazis wühte viel kräftiger als die Regierung, was innerhalb der badischen Verwaltungsjurisdiktion geschieht; sie konnte rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen. Der Führer hat triumphierend konstatiert, daß die Nazis dieses Verfallensrichteils ausnützen werden, um die Regierung zu blamieren. Sie scheinen eben über bessere Verbindungen zum badischen Verwaltungsgerichtshof zu verfügen, als die unabhängige Regierung. Ja, ja, es tut sich schon was im badischen „Müchsterlande“!

**Indien als föderativer Staat**

**Das Ende der englisch-indischen Konferenz**

**Die religiösen Schwierigkeiten**

Seit neun Wochen arbeitet die englisch-indische Konferenz mit wechselndem Geschick. Viele Kommissionen und Unterausschüsse waren am Werk, private Unterhändler obersten Ranges und Mächte und überall tauchte Macdonald auf, um zu schlichten, zu vermitteln und zu veröhnen. Welche Probleme sich hier aufhäufen, beweist die eine Tatsache, daß es in London nicht einmal möglich gewesen ist, Hindus und Moslems auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Vom ersten Tag an war dieser religiöse Gegensatz das Haupthindernis der Konferenz, er ist es geblieben und bedroht selbst die Arbeiten der Verfassungskommission, deren Ergebnis jetzt auszugeworfen in der englischen Presse veröffentlicht worden ist.

In diesen Arbeiten ist die Frucht der gesamten Londoner Konferenz niedergelegt. Sie ist den gegebenen Umständen nach das Höchstmögliche, was erreicht werden konnte. Die Konferenz überläßt die innere Entwicklung Indiens den Indern, sie gibt dem laienhaft gehaltenen und verpöhlerten indischen Volke einen staatspolitischen Rahmen, der ein Hebel für alle kommenden Fortschritte bilden muß. Im Verhältnis zu England gibt das Mutterland den alten Vorkontinentalpunkt auf. Indien ist auf dem Wege zu einem selbständigen Dominion. Nur einige Uebergangsrechte soll es von der Zeit trennen, in der es Herr seiner eigenen Karabiner sein wird. England ist mit der Indianisierung der indischen Armee und dem allmählichen Rückzug der englischen Truppen einverstanden. Die indische Frage und die indische Entwicklung wird sich nicht mehr in dem Kampfe Englands und Indiens ausdrücken. Es wird in Zukunft der Kampf der Indier untereinander sein. In welchem staatspolitischen Rahmen sich diese Emanzipierung vollziehen wird, das ist die Bedeutung des soeben bekannt gewordenen Verfassungsberichtes. Indien wird zu einem föderativen Staat

umgewandelt und zusammengefaßt. Die bisherigen absoluten Verfassungen verzichten auf einen großen Teil ihrer Macht zugunsten der Einzelstaaten und der einzelstaatlichen Verwaltung. Die Nazis dieser indischen föderation bildet ein Parlament, das aus Senat und Unterhaus besteht. Der Senat wird von den einzelstaatlichen parlamentarischen Institutionen gewählt; das Unterhaus in direkter und indirekter Wahl, wobei den religiösen Minderheiten, der unterdrückten Klasse, den Arbeitern usw. eine gewisse Zahl von Parlamentssitzen freigehalten werden sollen. Der Generalgouverneur (Wisekönig) ernannt den Ministerpräsidenten, der sein Kabinett bildet, das wiederum dem Parlament verantwortlich ist und von ihm gestützt werden kann. In der Uebergangszeit bleibt dem Generalgouverneur ein Einwirkungsrecht gegen die Parlamentsschlüsse, das sich jedoch hauptsächlich auf Armeee- und Finanzfragen beschränkt.

Die englischen Konjunkturalisten stehen erklären, sie mühten diesen Zustandbrühen an Indien ihre Zustimmung verweigern. Auch der Führer der indischen Moslems läßt heftige Kritik, weil er den Schut der mohammedanischen Minderheit vermisst und ohne diese Klausel keine Verfassung von den Vertretern der indischen Mohammedaner annehmen werden könnte. Schließlich haben auch die Delegierten der Hindus Sonderwünsche angemeldet.

Die Konferenz ist jedoch zu Ende. Macdonald wird die Stellung der englischen Regierung in einer Memorandum darlegen. Als Ausweg aus der Sackgasse der Sonderwünsche soll jeder Delegiertengruppe überlassen bleiben, ihre Referate dem Verfassungskomitee anzuhängen.

Indien ist auf dem Wege zum englischen Dominion und zur Selbstverwaltung und damit wird, wenn die Politik der Konferenzkommissionenbericht annimmt, der schwerste Stein hinweggeräumt sein, der bisher die innere Entwicklung von Land und Volk gehemmt hatte. Das wird die große historische Bedeutung der Londoner Konferenz sein.

**„Ketter“ Deutschlands**

Das Kaiserliche Schöffengericht verurteilte zwei Nationalsozialisten wegen schwerer Körperverletzung und unbedingten Waffenbesitzes zu sechs Wochen bzw. drei Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten waren an einer Saufschlacht in Breek beteiligt, zu der sie mit 10 bis 15 Zentimeter großen eisernen Karabinern, die an den Schulterriemen befestigt waren, erschienen waren. Die Prügelei, die eine ganze Anzahl von Verletzten kostete, begann auf den Befehl des preussischen Landtagsabgeordneten Lohbe. Die Angeklagten sind Nummern für sich. Einer, ein Kaufmann, ist wegen Betrugs, ein zweiter wegen unbefugten Waffenbesitzes, ein dritter mehrfach wegen einfachen und schweren Diebstahls verurteilt. Ingesamt haben diese Verurteilten des Dritten Reiches fünf Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust auf dem Buckel. Also berufene Ketter Deutschlands.

**Nazirowdys**

Hannover, 15. Jan. (Eig. Bericht.) Auf dem Heimweg von einer Verammlung wurde ein Jungbäcker-Kamerad von 12 Nazis überfallen. Mit dem Ruf: „Schlagt ihn tot!“ fiel die Meute über den jungen Menschen her, traktierte ihn mit Knüppeln und schlug ihn zu Boden, wo ihm mehrere Fußtritte versetzt wurden. Ferner erhielt der Überfallene drei Messerstiche in die rechte Hand. Wei-

tere Messerstücke, die nach dem Rücken des Überfallenen geworfen wurden, drangen nicht durch die Kleidung. Als das blutige Gewand vollbracht war, rückten die Nazis aus und überließen dem Niederbeschlagenen seinem Schicksal. Straßenposten nahmen ihn seiner Art und veranlaßten seine Ueberführung in das Krankenhaus. Dort wurde außer den erwähnten Verletzungen noch eine Verrenkung der rechten Schulter festgestellt.

**Karl Balloß gestorben**

**Atlantius und sein Bild in den Zukunftsstaat**

In Wien ist nach kurzer Krankheit der frühere Professor an der Berliner Universität, Karl Balloß, gestorben. Balloß war seit 1919 Professor an der letztindischen Universität und seit 1929 Abgeordneter des demokratischen Zentrum in der letztindischen Parlament. Balloß ist vor allem durch seine bevölkerungsstatistischen Arbeiten bekannt geworden.

Professor Karl Balloß ist, was heute nur noch wenigen bekannt sein dürfte, eine Zeitlang in der deutschen sozialistischen Bewegung tätig gewesen. Schon lange vor dem Kriege hat er unter dem Pseudonym Atlantius eine Schrift unter dem Titel „Ein Bild in den Zukunftsstaat“ im Verlag J. S. W. Dietz, Stuttgart, veröffentlicht. Nach der Novemberrevolution 1918 schloß er sich der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an und veröffentlichte eine Reihe von Aufsätzen über Sozialisierungsfragen in der Berliner Freiheit. Später ging er zum bürgerlichen Lager.

### Gemeindepolitik

#### Landeskongress der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Badens

am 1. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, in Offenburg Saalbau „Drei Rössle“

Tagungsordnung:

- 1. Aufgaben der Gemeindepolitik nach dem 16. November 1930. Referent: Landtagsabg. Georg Reinhold, Mannheim.
- 2. Reich, Länder und Gemeinden nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930. Referent: Reichstagsabg. Dr. Paul Herr, Berlin.

In der gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Rathausfraktionen auf der Konferenz vertreten sind.

Wegen eventueller Quartierveränderung wende man sich an Herrn Metzger, Offenburger, Südstraße 53.

Als Ausweis ist das Parteibuch am Saaleingang vorzuzeigen.

Kommunalspezifischer Ausschuss

Der Vorsitzende: Gustav Zimmermann.

Der Geschäftsführer: Walter Dübendorf.

#### Krisis der Selbstverwaltung

Es wird uns u. a. geschrieben: Durch die Einsetzung der Staatskommission für Berlin und andere außerordentliche und bauliche Städte in den Zeitungen die Auflösung pertriten worden, daß die Krise der Selbstverwaltung nur in das Stadium einer Tragödie eingetreten ist, da sie völlig verjagt habe. Man muß die Entwicklung der letzten Zeit in der Tat beobachten, mit einer oberflächlichen Betrachtung und Kritik, wie dies meistens geschieht, ist aber nichts davon und vor allem das Problem nicht erkannt und nicht gelöst. Die Schwierigkeiten, die der Selbstverwaltung erwachsen sind, liegen überhaupt nicht darin, daß die Gemeinden außerstande wären, sich selbst zu verwalten, oder daß es am guten Willen oder an der Ehrlichkeit dazu liegt, denn die glänzenden Erfolge der Selbstverwaltung im letzten Jahrhundert beweisen direkt das Gegenteil.

Der Grund für die verfahrenen Zustände ist vielmehr in der allgemeinen Not, die durch den verlorenen Krieg verursacht ist, und welche in der Beteiligung der finanziellen Vermögensgegenstände und Gemeindeförderung der letzten zwanzig Jahre, Ländern und Gemeinden zu liegen. Das Schwergewicht der Selbstverwaltung lag bekanntlich von jeher auf finanziellen Gebieten. In der verarmten und verarmten Bevölkerung des finanziellen Gleichgewichts zwischen den zur Verfügung stehenden Einnahmen und den meist selbst bestimmten Ausgaben. Die dem Einkommen der Gemeinden entrichtete Besteuerung leistet hat aber diese gelungene Grundlinie verlassen und die Gemeinden in finanzielle Abhängigkeit von Reich und Land gebracht sowie den meisten Grundbesitz beseitigt, daß eine wirkliche Selbstverwaltung nur möglich ist, wenn diejenigen Kreise, die in den Gemeindeparlamenten die politische Macht ausüben, auch die finanzielle Verantwortung für die Einnahmen und Ausgaben tragen. Dazu kam die reichs- und landesrechtliche Übertragung von schwierigen Aufgaben an die Gemeinden, ohne zu prüfen, ob sie auch in der Lage waren, diese Aufgaben finanziell zu meistern. Kein Wunder, wenn die Gemeinden in insbesondere die kleinen und leistungsschwachen Gemeinden am Ende ihrer Kraft stehen, wenn es nun fast keinen Ausweg mehr gibt, um aus dem Zustand der finanziellen Tristesse herauszukommen, und wenn vor allem die Bevölkerung oppositionell gegenüber ist und neue gemeindliche Steuern runderhand ablehnt.

Der völlig verkehrte und verantwortungslos ist es, diese Zustände der Selbstverwaltung zur Last zu legen, zumal wenn man beachtet, daß die politischen Verhältnisse im Reich und in den Ländern zum mindesten nicht besser sind, trotzdem diese es stets haben haben, bei der Steuer- und Verteilungswirtschaft sich zu zeigen.

Der Selbstverwaltung steht leider ein dem Notverordnungrecht des Reichspräsidenten entsprechendes Notverordnungsrecht beim Reichs- und Landesparlamenten nicht zur Verfügung, sonst würde ein finanzielles Eingreifen gar nicht notwendig sein. Im übrigen haben, wie die Zeitschrift „Der Städtebau“ 1930 Seite 574 mit Nachdruck ausführt, Staatskommissionen schon einmal im 18. Jahrhundert dazu beigetragen, die kommunale Selbstverwaltung zu erschaffen und damit den Zusammenbruch des Staates zu verhindern.

Man der Krisis der Selbstverwaltung sind die kleinsten und mittleren Gemeinden bis jetzt erfreulicherweise nicht in demselben Maße ergriffen worden, wie die Großstädte, obwohl die Finanzschwäche auf dem Lande oft ungleich schlechter ist als in den Städten, die wenigstens in ihren Wirtschaftsbetrieben um den notwendigen finanziellen Vermögensgegenstand und die Möglichkeit haben, ihre Gemeindeförderung in vernünftigen Grenzen zu halten. Wenn die Selbstverwaltung auch hier scheitert, weil die Gesetzgebung kein ausreichendes Verständnis für die wirklichen Bedürfnisse des Landes hat, werden wir uns nicht wundern dürfen. Der Verband der Gemeinden kämpft bekanntlich seit Jahren vergebens für einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen Stadt und Land, insbesondere auf dem Gebiet der Steuerverteilung, der Straßenreinigung, des Feuerwesens usw., um wenigstens die ärmeren Gemeinden mit Steuerlasten von 8 und 4 M. von 100 M. Grundbesitz gegenüber nur einem Bruchteil davon in den Städten zu verhalten zu lassen. Aber weder Regierung noch Landtag haben sich bisher dazu entschließen können, auch nur die allergeringsten in dieser Hinsicht bestehenden Angelegenheiten zu berücksichtigen. Selbst die 11 baulichen Kreise, die, solange es an einer entsprechenden Gesetzgebung fehlt, zunächst dazu berufen wären, haben nichts unternommen, um den kleineren und leistungsschwachen Gemeinden unter die Arme zu greifen und sie vor dem völligen Konkurs zu bewahren.

Die Schwächen haben in übrigen die Reichs- und Landesregierungen auch dadurch angezogen, daß sie der Selbstverwaltung eine längere Berücksichtigung und Unterstützung vorzuziehen haben, obwohl sie wissen, daß dies für die große Zahl der kleinen Städte und Stadteingemeinden nicht zutrifft.

Im übrigen war eine Einschränkung in den Ausgaben oft gar nicht möglich, weil die Gemeinden mitunter größere, durchaus nicht notwendige Unternehmungen nur durchführen mußten, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und weil häufig die Staatsbehörden finanzielle Einrichtungen im Auftragswege verlangten, an die in besseren Zeiten niemand gedacht hat.

Zusammenfassend darf man jedenfalls sagen, daß die Krisis der Selbstverwaltung auf verschobenerlei Fehler zurückzuführen ist und nicht auf die Selbstverwaltung allein. Vom Standpunkt der kommunalen Selbstverwaltung aus kann den Regierungen und Parlamenten der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie bemüht oder vernachlässigt die Selbstverwaltung schon deshalb geschloßen, daß sie nicht tun und getan haben, um einen vernünftigen Finanz- und

## Aus dem Gerichtssaal

### Verstüßter Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung

Im Karlsruhe, 13. Januar. Wegen Urkundenfälschung, Betrugsverstoß, sowie Beihilfe hierzu hatten sich heute vor dem Karlsruher Schöffengericht I (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) der 18jährige Schmied Karl M., der 26jährige verheiratete Kaufmann Karl B. und der 24jährige ledige Schmied Karl S. sämtliche aus G r a b e n u. s. in Graben dem Barth eine Arbeitslosenunterstützung, sowie einen An- und Abmeldeerschein zur Krankenkasse ausgefüllt zu haben, wonach Mesger vom 14. bis 20. Juli bei dem Schmiedemeister Blau in Graben in verdingungsähnlichem Arbeitsverhältnis angestellt war, und wonach er aus Arbeitsmangel entlassen wurde, obwohl dies in keiner Weise den Tatsachen entsprach. Blau ist beschuldigt, die Scheine mit dem Stempel seines Betrügers versehen zu haben. Mesger legte die Bescheinigungen bei der Krankenkasse auf dem Rathaus vor, in der Absicht, Unterstützung zu erlangen; mit der Bescheinigung hoffte er die Sperrfrist für die Arbeitslosenunterstützung zu umgehen, die verhängt war, weil er aus seiner letzten Arbeitsstelle aus eigenem Verschulden entlassen worden war. Die Fälschung wurde jedoch erkannt und es kam nicht zur Auszahlung der erhofften Unterstützung. Die Angeklagten waren im großen ganzen geständig. Barth hatte die Papiere ausgefüllt, während Blau den Stempel seines Betrügers zur Verfügung gestellt hatte. Der Anklagenrichter beantragte gegen Mesger zwei Monate, gegen die Mitangeklagten je vier Wochen Gefängnisstrafe. Der Verteidiger des Blau, Rechtsanwalt Marx, trat für eine Geldstrafe an Stelle einer verhängten Freiheitsstrafe ein. Das Schöffengericht verurteilte Mesger wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsverstoß zu fünf Wochen Gefängnis, Barth wegen Beihilfe zu drei Wochen. Blau wegen Beihilfe zu 10 Tagen Gefängnis. Den Angeklagten, die sich dem Urteil unterwarfen, wurde Strafurlaub auf Wohnverhältnissen im Wohnortstrafe erteilt. Barth und Blau haben außerdem Geldbußen in Höhe von 50 bzw. 30 M. zu erlegen.

### 7 Jahre Zuchthaus

Freiburg, 14. Jan. Eine kriminell stark belastete Vergangenheit hat ein 42 Jahre alter Schuhmacher aus St. Blasien, der den gleichnamigen Vor- und Zunamen Paul W a u l führt. Im Jahre 1918 erkrankte er in Freiburg eine Frau, die ihn bei einem Einbruchsdiebstahl in ihrer Wohnung überfallen und wurde für die Untat zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Leistungsleistung zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Städten und Gemeinden herzustellen, so daß die kleinen Selbstverwaltungsorgane fortwährend aufrechterhalten sind, ihre Pflichten erfüllen noch zu erfüllen. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht auch die Selbstverwaltung da und dort Fehler begangen hat und jede Möglichkeit noch auszunutzen muß, um überall, wo es geht, nach dem Recht zu sehen und die Entwicklung in Wohnen zu lenken, die dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standpunkt aus erträglich sind. Die Gemeinden sind sich wohl bewußt, daß mit den Rechten der Selbstverwaltung auch Pflichten verbunden sind, die erfüllt werden müssen, und sie werden sicherlich von selbst alles tun, um die Verhältnisse nach Möglichkeit zu meistern. Bedingung dafür ist aber, daß Reich und Länder die Voraussetzungen für ein verantwortliches Arbeiten in der Selbstverwaltung schaffen und damit den ersten Schritt tun, um die letzten Krisenereignisse in der durch allerlei außerordentliches Nachkriegsberichts liegenden Maßnahmen bezogenen Selbstverwaltung zu beseitigen.

### Aus der Stadt Durlach

#### Aus der Stadtratssitzung vom 14. Januar

Nach Vorberatung in den Fraktionen hat der Stadtrat den Antrag der Stadtpolizei auf Herstellung des zweiten Teils der Turmbergstraße genehmigt. Die Angelegenheit wird den Bürgerausschuß voraussichtlich am Mittwoch, 21. d. M., beschäftigen. — Auf Veranlassung des Reichsbahnbetriebsamtes Karlsruhe werden an den beiden Weidbergbahnhöfen die Industrieleises je zwei vorläufige Wartenzüge aufgestellt. — Freiburger von Schilling hat Antrag auf Zuteilung seiner abgeleiteten Gemauerte (Hohenwetzelsbach) zur Stadt Durlach gestellt. Der Stadtrat steht diesem Antrag grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Vor endgültiger Beschlussfassung müssen jedoch noch weitere Verhandlungen geführt werden. — Die Straßensprengung der Friedrichstraße zwischen Haupt- und Pfingststraße wird der Herzberger Straße angeschlossen. — Verschiedene Gesuche um Nachlass bzw. Ermäßigung der Vermögenssteuer werden verabschiedet. — Von der Neuwahl der Organe der Dreivierteljahrversammlung Durlach-Aue wird Kenntnis genommen. — Das Gesuch der Karl Schenker'schen Eheleute um Übertragung der Wirtschaftspraxis vom Hotelrestaurant Prinz Ludwig in Karlsruhe nach der Galtstraße wird dem Bezirksamt Karlsruhe in Durlach mit Befürwortung. — Gegen die vom Bezirksamt vorgeschlagene Regelung der Tenselstiftungen im Jahre 1931 werden Einwendungen nicht erhoben. — Die in diesem Jahre im Fallbruch angefallenen kanonischen Pausen werden aus der Hand gegeben. — Vom Tätigkeitsbericht des Standesamtes für das Kalenderjahr 1930 wird Kenntnis genommen. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt rund 1800, dazu kommen noch 45 Fürsorgearbeiter.

#### Die Jahreshauptversammlung der Arbeiterwohlfahrt

Am Mittwochabend in der Lessingschule statt. Der Besuch ließ sich wünschenswert, wie überhaupt das Interesse der Parteigenossen und Genossinnen an der Arbeiterwohlfahrt entschieden ein größeres werden muß, wenn sie ihren vollen Stellenwert in hohem Maße sozialen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden soll. Auch die Mitgliedschaft bei der Arbeiterwohlfahrt sollte unbedingt umfangreicher werden. Der geringste Jahresbeitrag dürfte noch bei manchem unserer Genossen und Genossinnen kaum ein Hindernis sein. Der Tätigkeitsbericht gab die 2. Vorsitzende, Genossin Bessel, danach an, am 1. Februar 1930 der bisherige Bilanzbericht an die Mitglieder über. Die Hauspflege erforderte 14 Sitzungen, 65 Hausbesuche wurden geführt. Die Kindererholungsstätte auf dem Turmberg brachte wiederum eine Fülle von Arbeit, 135 Kinder wurden durch diese Fürsorge erlöst. Die Nähtische für erwerbslose Frauen und Mädchen wurden wie in früheren Jahren im Benehmen mit dem Arbeitsamt durchgeführt. Daran beteiligten sich 67 und in Stadtteil Aue 41 erwerbslose Frauen und Mädchen. Daneben fanden noch verschiedene freiwillige Nähtische statt, woran

Nach Verbüßung von über elf Jahren legte man ihn mit einer Bewährungsfrist bis zum Jahre 1935 auf freien Fuß. Nach einer einjährigen Tätigkeit bei einem Landwirt in Tengenbrunn landete Paul im Herbst 1930 wieder in Freiburg auf. Hier führte er in kurzen Abständen eine Serie der verwegendsten Diebstähle aus, bei welchen ihm zusammen über 1800 M. in die Hände fielen; einem Bauernknecht in Gschweiler bei Neustadt, der ihm unvorsichtigerweise den Rest seiner Erparnisse verraten hatte, stahl er 270 M. Die gestohlenen Geldbeträge verschwendete er größtenteils an eine der berühmtesten Straßenbühnen Freiburgs. Im Begriff, einer Gastwirtschaft im Stadtteil Stühlinger in Freiburg einen Diebstahl abzulassen, wurde Paul in die Flucht gejagt, von seinen Verfolgern nach einer wilden Jagd aber eingeholt und der Polizei übergeben. — Das Schöffengericht verurteilte ihn heute erneut zu sieben Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

### Ein Schnipselprozess

Unter großem Andrang des Publikums wurde vor dem Schöffengericht in Pforzheim ein Schnipselprozess verhandelt. Er richtete sich gegen die 34 Jahre alte Kabinettangestellte Emma Böhm ler von Dillstein, die unter großem Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens ihrer Firma seit Dezember 1924 fortgesetzt Goldabfälle im Gesamtwert von 18.300 M. entwendete. Ihr Ehemann, der 35jährige Mechaniker Richard Böhm ler, sowie der 41jährige Feingehilf Karl S a c h m a n n waren wegen Schleichmittangelegenheit. Schließlich lag noch der 86 Jahre alte Goldschmied Friedrich Böhm ler, der seinen Arbeitgeber um rund 1300 M. schädigte, auf der Anklagebank. Die Eheleute Böhm ler haben feindselig auf den Prozess gehandelt. Sie hatten guten Verdienst. Durch ihrer Unrechtmäßigkeit verschafften sich die beiden Ehemänner 1.2. dazu eine mechanische Werkstätte einzurichten. Bei einer Durchsichtigung wurden jedoch zwei Sparbücher über je 4500 M. gefunden. Auch legten sie sich ein wertvolles Personenauto zum Kaufpreis von 2500 M. zu. Frau Böhm ler war schon vor Jahren einmal wegen Diebstahls mit fünf Wochen Gefängnis bestraft worden und hatte es dem Entgegenkommen der Firma, bei der sie auch fernerhin beschäftigt wurde, zu verdanken, daß Bewährungsfrist auf Wohnverhältnissen zugestanden wurde. Alle Angeklagten waren in der Verhandlung geständig. Frau Böhm ler wurde zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, während der Ehemann ein Jahr sechs Monate Zuchthaus erhielt. Gegen Sachmann wurde auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr erkannt, Friedrich Böhm ler kam mit vier Monaten Gefängnis davon.

sich durchschnittlich 25 Frauen und Mädchen beteiligten. Die tatkräftige Unterstützung der Stadtverwaltung bzw. des Fürsorgeamts bei der Kindererholungsstätte wurde nachdrücklich hervorgehoben und allseitig anerkannt. Den Respektbericht gab Gen. Bessel, der die Finanzabteilung gründlich durchsuchte und verschiedene Hinweise gab. Der Respektbericht des Gen. Storch erwies die gesunde finanzielle Grundlage, wenn auch selbstverständlich die wirtschaftlichen Verhältnisse hier tiefe Spuren hinterlassen. Gen. Bessel stützte allen Funktionären für ihre selbstlose und aufopferungsvolle Arbeit höchst lobende Anerkennung und dank ab. Genossin Bessel ergänzte als Leiterin der Nähtische noch den Jahresbericht nach dieser Seite hin, ferner wurde noch festgestellt, daß von circa 150 Familien Weihnachtspakete gegeben wurden.

Die Ansprache war nur kurz. An ihr beteiligten sich die Genossen Bessel, Hofmann und Mohr, sowie die Genossinnen Bessel, Bessel.

Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: als 1. Vorsitzender wurde Gen. Bessel, als 2. Vorsitzender Genossin Bessel, als Kassier wiederum Gen. Storch, als Schriftführer Genossin Bessel und Gen. Bessel bestimmt. Als Revisoren fungieren die Genossen Mohr und Blasgrat, als Beisitzer die Genossinnen Bessel, Müller und Bessel. Zum Schluß wird noch ein Schreiben des Kleingartenvereins bekannt gegeben, worin auch für die diesjährige Kindererholungsstätte, wenn es die Verhältnisse irgendwie gestatten, Beihilfen in Form von Gemüselieferungen in Aussicht gestellt werden. Diese Mitteilung wird lebhaft und mit Dank begrüßt, wobei Genossin Bessel auf die im letzten Jahre bereits gegebenen ähnlichen Beihilfen verweist, die sich für die Kindererholungsstätte sehr gut auswirken hätten.

### Wasserstand des Rheins

Basel 19, gef. 3; Waldshut 210, gef. 2; Schaffhausen 75, gef. 1; Rehl 223, gef. 2; Murgau 401, gef. 52; Mannheim 302, gef. 11 Strm.

### Auskünfte der Redaktion

- K. V. Wenn Sie einer der Rindungen widersprochen haben — insbesondere diejenige durch das Amtsgericht —, so genügt es vorerst, wir raten Ihnen, dem Richterhonorarverein Durlach die Sache zur weiteren Erledigung zu übergeben.
  - M. W. Es ist nicht unsere Aufgabe, unkontrollierbare Nachrichten aus dem Reichs-Muffelins zu verbreiten.
  - K. S. Es gibt verschiedene Mittel, a. B. Baseline bei spröder Haut, bei Rundläusen Hirschorntals. Bei hirtartigen Fällen empfiehlt sich, den Arzt aufzusuchen.
  - K. A.-g. Es sind einige Gerichtsurteile ergangen, daß in den Hauptgrundfunktionen der Rundfunkempfang nicht gestört werden darf. Das ist täglich von 12-14 Uhr und von 20-24 Uhr. Wir empfehlen Ihnen, diese Zeiten zu beachten. Es bestehen technische Möglichkeiten, die Störung zu beseitigen durch Anbringen eines Blatfondators. Wenden Sie sich an die Sendegesellschaft „Südwest“ in Stuttgart. VIELLEICHT übernimmt diese die Kosten für die Beseitigung der Störung.
  - K. B. Durlach, Landesarbeitsamt für Süddeutschland in Stuttgart, Denselstraße 1 (Postfach 1034).
  - S. S. Durlach, Geben Sie der Gewerkschaftsleitung schriftlich davon Kenntnis, daß Sie den Religionsunterricht nicht mehr besuchen. Diese Form genügt vollst. Sie können zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht gezwungen werden.
- Geschäftsver: Georg Schilling Verantwortlich: Politik, Freiburg, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, S. G r a n d a u m, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine bauliche Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neustetten, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Erhard Arndt, sämtliche Wohnort in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund und G.m.b.H., Karlsruhe.

SPARSAM UND ZUVERLÄSSIG

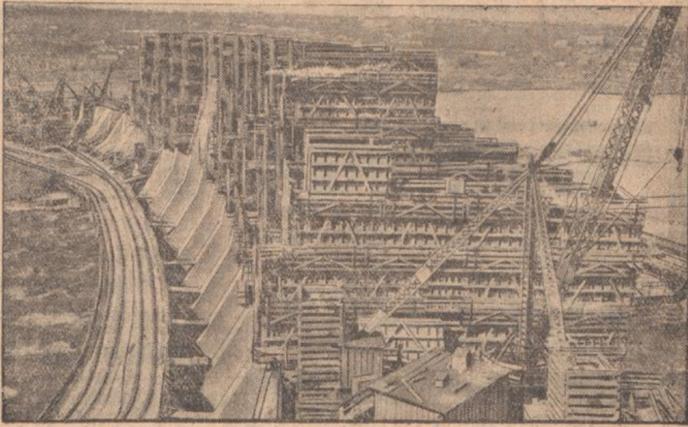
# Peters Union

REIFEN FÜR KRAFTRAD UND FAHRAD

# BILDER VOM TAGE



17 Dampfer in der Ostsee eingefroren. Märchenhafte Aufnahme, aber gefährliche Situation. Die Eisblöcke zertrüben auch die stärksten Schiffswände, wenn keine Hilfe naht. Die 17 Dampfer sind in der vereisten Ostsee vollständig eingefroren und warten auf Hilfe. Die russischen Eisbrecher „Kraffin“ und „Berma“ sind bereits ausgesandt worden, um die Schiffe, darunter mehrere deutsche, zu befreien.



Rußland baut das größte Kraftwerk Europas. Kraftwerk Dnieprostroi, an dem Nacht gearbeitet wird. — Am Dniepr geht das größte Kraftwerk Europas seiner Vollendung entgegen. Die mittleren Staudämme des Kraftwerks Dnieprostroi sind bereits fertiggestellt, ebenfalls die Brücken über den alten Dniepr. Sicherhaft wird an dem ungeheuren Werk gearbeitet, dessen einzelne Bauabschnitte alle zur festgesetzten Zeit vollendet wurden.



Und wieder einmal Ratstagung in Genf

Schwer bepackt ziehen sie an, aber ebenso werden sie auch wieder fortgehen.



„Bravo, du kannst meine Kondenzwünsche gleich mitausrichten!“



Zur Tagung des Vervollständigungsausschusses des Völkerbundes. Die Deutsche Delegation. Oben: Reichsaussenminister Dr. Curtius und Ministerialdirektor Dr. Gaus. Unten: Ministerialdirektor Dr. Ritter und Ministerialdirektor Dr. Woffe.



Mit den Skiern hinaus in die Freiheit. Draußen in der Weite der schimmernden Berge erobert sich der Großstädter eine neue, herrliche Welt. — Mit den schmalen Brettern beladen, wird schon im Morgengrauen von den grauen Häusern der Stadt Abschied genommen.



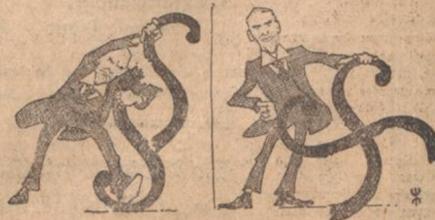
Mit dem Schnell-Gleitboot in dreieinhalb Tagen über den Pacific

Leutnant William Burch, beim Ausprobieren der Radio-Telephonanlage



Leutnant William Burch, ein deutscher amerikanischer Flieger, hat ein Schnell-Gleitboot konstruiert, mit dem er in dreieinhalb Tagen von Los Angeles nach Honolulu gehen will. Das Boot ist unter strenger Beobachtung der Stromlinienform nach Flugzeugprinzipien konstruiert. Leutnant Burch wird während der Überfahrt durch eine automatische „Robot“-Steuerung abgelenkt werden.

## Fried verbietet republikanische Versammlungen



„Es muß mir endlich doch gelingen...“

... den Paragraphen in die rechte Form zu bringen!“

### Nur noch 3 Tage dauert unser Inventur-Ausverkauf

Um vollständig zu räumen wurden die Preise für viele Artikel nochmals herabgesetzt. Nehmen Sie diese große Spargelegenheit wahr!  
Neu eingetroffen und ab Freitag mittag im Verkauf:  
**Großer Fabrik-Lagerposten Gardinen**  
Halbes oder am Stück und abgepaßt, Spannschiff, Landhausgardinen, Brise-Bisss, Garnituren etc. weit unter regulärem Wert!

Auf unseren Einheits-Preistilchen neue Sonderangebote



**Boländer**  
DAS HAUS DER GUTEN WEB-WAREN

Einig sind sich Frau'n und Männer



## FELS-BIER

ist das Bier der Kenner!

### COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr, Beginn der **internat. Ringkampfkonkurrenz**

zur Ausscheidung um die Weltmeisterschaft 1931.  
Dazu das ausgesuchte Varieté-Programm mit der wissenschaftlichen Attraktion

**Helmut Lichterfeld**  
Bedeutend ermäßigte Eintrittspreise

### KAFFEE BAUER

Heute Freitag, 16 Uhr nachmittags

#### ELITE-KONZERT

der Kapelle Franz Osenneg  
EINLAGE: 1187  
Alto- u. Tenor- u. Klavier- u. Violine- u. Cello- u. Kontrabaß- u. Fagott- u. Horn- u. Trompeten- u. Schlagwerk- u. Chor- u. Solisten: KARL SCHELLENBERG

20.30 Uhr abends

#### Operetten- und Schlager-Abend

### Maskenverleih

von 2.- bis 4.- Mark  
Schiller, Amalienstrasse Nr. 22

### Amtliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Dr. E. Schrich Solawarenfabrik in Karlsruhe, Baden wurde heute vormittags 11 Uhr Konturs eröffnet. Kontursverwalter ist Rechtsanwalt Stufele in Karlsruhe, Kaiserstraße 140. Kontursforderungen sind bis zum 5. Februar 1931 beim Obersteuerrat anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters eines Gläubigerverbands, zur Entziehung über die in § 132 der Kontursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Freitag, den 13. Februar 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtenstraße 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Der Gegenstand der Kontursmasse bezieht sich auf die Sache, die dem Schuldner gehört oder zur Befriedigung der Forderungen des Schuldners an dem Gemeindefiskus steht. Der Betrag der Sache und ein Anspruch auf abgeordnete Befriedigung daraus ist dem Kontursverwalter bis 5. Februar 1931 am obigen Gericht, den 15. Januar 1931, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Im Kontrahieren über das Vermögen der A. Wälder & Co. G. m. b. H. Schneiderwarenfabrik in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlussrechnung sowie zur Festlegung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlichtermin bestimmt auf: Freitag, den 13. Februar 1931, vormittags 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtenstraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 154, Karlsruhe, den 8. Januar 1931, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

## WEIZ Lebensmittel

Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Futterbohnen 13 Pfund	Schweineschmalz 68 Pfund	Linsen 19 Pfund
Futter-Haferhocken 19 Pfund	z. Backen u. Brotaufstrich	Ital. Vollreis 24 Pfund
Vikt.-Erbsen 24 Pfund	Spezial-Bierwurst 1.25	Grieß, gelb 28 Pfund
Erbsen, grün, 1/2, ungesch., 1/2 24 Pfund	uns. „weitbekannte Qualität“ Pfd.	Speisesalz 25 Pfund

Frische Landbutter 1.25 Pfund	Tafelöl 34 Liter	Frische Molkebutter 1.44 Pfund
Fetter Speck 98 Pfund	Camembert vollfett 34 Liter	Bismarckheringe 1 Ltr.-D. 80 Pfund
Kasseler Rippenspeck 1.45	Limbürger im Ganzen 46 Pfund	Rollmops 1/2 Ltr.-D. 45 Pfund
Schlackwurst in Fett 55 Pfund	Allg. Münsterkäse vollfett 30 Pfund	Bismarckheringe 3 Stück 20 Pfund
Salami 1 1.65	Edamer, vollfett 30 Pfund	Rollmops 1/2 Ltr.-D. 45 Pfund
Schweinekopf in Gelee 45 Pfund	Vesperkäse Tils. 1/2 Pak 40 Pfund	Süß-Bücklinge 30 Pfund
ohne Knochen 45 Pfund	Allg. Romadur 20% 2 Ltr. 48 Pfund	
Leberwurst 45 Pfund		
Metzwurst Einheitspreis 45 Pfund		

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

**VOLKSHAUS**  
Schützenstraße 16  
Sonntag ab 6 Uhr  
**Großes Sonder-Konzert**  
ausgeführt von einer Abteilung der Badischen Polizeimusiker  
Eintritt frei! Kein Aufschlag!  
Um geneigten Zuspruch bitten  
**H. Hurr und Frau.**

Während des **Inventur-Ausverkaufs**  
erhalten wir trotz unserer bekannt billigen Preise **20% Rabatt**  
**B. Borgwardt & Co.**  
Karlsruhe, am Stadtgarten 7  
Herrn- und Knaben-Konfektion, Herren-Artikel  
Dem Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenb. angeschl.

## Kaffee Bauer Morgen Samstag Kostümball

Nehmt Musikunterricht!  
d. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes Lehreradressen erhältl. in den Musikalienhandlungen

möbl. Zimmer  
wie Wanne auf 10  
fort zu vermieten  
Hans Thomast. 3  
Eben

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)  
Geschäftsstelle (nur briefl.) Baumstr. 23, Stb. III  
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im Kaffee  
Nowack, jeden Mittwoch „Unter den Linden“  
Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 Uhr

Badisches Landestheater  
Freitag, 16. Jan.  
Sondermiete  
„Reithaus“  
3. Vorstellung  
der Abteilung II  
(rote Karten)  
**Der Mann, den sein Gewissen trieb**  
Schauspiel  
von Maurice Maeterlinck  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende: Bertram Rauendorfer, Genter, Dahlen, O. Renscher, Müller, Schulte, Luther  
Anfang 20 Uhr  
Ende nach 22 Uhr  
Sa. 17. Das Lamm des Armen. So ist es!  
Nachmittags Die Sache, die ich liebe nennt  
dennoch Carmen. Am  
sonntag: Die Sache, die ich liebe nennt  
dennoch Carmen. Am  
sonntag: Die Sache, die ich liebe nennt  
dennoch Carmen. Am  
sonntag: Die Sache, die ich liebe nennt  
dennoch Carmen. Am

**Resi**  
Lichtspiele Tel. 5111  
Walastr. 30  
W: 4.00 6.15 8.30  
S: 3.00 4.30 6.30 8.30  
Alle Vergünstigungen  
aufgehoben  
Es wird bill. gehalten, die  
Aufspreizen ausschalt!

**E. A. Duponts** neuester Tonfilm in deutscher Sprache  
nach dem Bühnenstück „Cape Forlorn“ von F. Harvey  
**Menichen im Käfig**  
Deutschlands bedeutendsten Charakter-Darstellern  
Heinrich George Conrad Veidt  
Fritz Hofmann Tala Birell

## Reichs-Gründungsfeier

zur  
60. Wiederkehr der Reichsgründung

Sonntag, 18. Januar 1931, vormittags  
12 Uhr, im großen Saale der Festhalle  
unter Mitwirkung des Badischen Landes-  
theaterorchesters  
Leitung: Generalmusikdirektor Josef Reips

Vortragsfolge:

1. Meisterfingervorspiel, Richard Wagner
2. Festansprache:  
Professor Dr. Holl von der  
Technischen Hochschule Karlsruhe
3. Deutschlandlied
4. I. Sinfonie C-dur L. van Beethoven

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe  
wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen.  
Eintritt unentgeltlich.

Das Staatsministerium  
Der Oberbürgermeister

**Pa-Li**  
100% ige  
Tonfilm  
**Ein Walzer im Schlafcoupe**  
Lucie Englisch Fritz Schütz Trude Bertiner  
Palast-Lichtspiele  
Herrenstr. 11

Der Friede der Welt soll Gemeingut aller Völker der Erde sein!  
Sehen ging durch ein Lichtspielhaus eine solche Erschütterung  
Sehen wohl hat ein Filmwerk die Seelen und das Gewissen  
der Menschheit so wachgerüttelt wie dieses!

Den Frauen und Müttern gewidmet  
**Der Herzschlag der Welt**

Ein Frauen- und menschenschicksal aus unserer Zeit!  
Ein Friedenssepos — Ein Film der Menschheitsverbrüderung u. -Verständnis  
**Lillian Gish**  
die Frau, die alle Herzen rührt, feiert ihren größten Triumph als größte dra-  
matische Darstellerin der Leinwand. Sie durchlebt ein Mädchen- und Frauen-  
schicksal unserer Generation, durchlebt es mit all der Innigkeit und Zartheit  
ihres Wesens mit dem eigenartigen Lichte der Seele, der diese wunderbare Künstlerin  
den Sieg reiner Menschlichkeit über Völkernuß und Klassenkampf davon  
tragen läßt.

**UNION-THEATER**



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

16. Januar, 1756 Beginn des siebenjährigen Krieges. — 1844 Paul Singer. — 1901 Maler Arnold Böcklin. — 1906 Internationale Karlsruher Konferenz. — 1920 Wahlverbot in Nordamerika. — 1921 Spaltung der norwegischen Sozialdemokratie. — 1925 Reichskabinett Luther. — 1930 Preußen: Demonstrationsverbot.

## Zu der stürmischen Bürgerauschufung

am Dienstag geht uns von einem Galeriebesucher folgende Zuschrift zu, die wir ohne Veränderung wiedergeben:

### Bürgerauschufung oder Terzenthans?

Als Bürger und Frontkämpfer, der keiner Partei angehört, las ich mich Interesse halber veranlaßt, der Sitzung am 13. ds. Mts. von der Tribüne beizuwohnen. Mit tiefer Befürchtung mußte ich feststellen, wach moralischen und gesellschaftlichen Tiefstand das Rathausparlament durch den Einzug der radikalen Reulinsse erreicht hat. Ich habe mich geäußert, als Deutscher und Karlsruher, einem Tumult zusehen zu müssen, wie ihn nur Menschen entfachen können, die so verhebt sind, daß der gesunde Menschenverstand nicht mehr in Frage kommt.

In diesen Zuständen ist selber Herr Oberbürgermeister Dr. Finter nicht schuldlos. Ich müßte raunen, wie langsam und manchmal lächelnd unter Stadtoberhaupt dem Treiben und den Bestimmungen politisch unreifer Mitalieder zuseh und erst dann ernstlich eintritt, als Gefahr bestand, daß die ganze Sitzung durch Schlägerei aufgelöst. Soll so weiter gearbeitet werden?

Ich kenne Herrn Dr. Finter, der aus Richterkreisen stammt, als ersten Menschen. Ich war sprachlos ob seiner noch nie bemerkten Geduld! Unzweifelhaft und allen dreifachen Väterei einer bürgerlichen Presse und des Führers zum Trotz bleibt an den im übrigen vollkommen unfähigen Nationalsozialisten (das haben sie in der ersten Sitzung ihren eigenen Mitgliedern eskalant bewiesen; von praktischer Arbeit keine Spur) der Schimpf für ewig hängen, den Bürgeraal im Rathaus zu einer Kasse nach berühmtem Muster degradiert zu haben.

Ich habe früher Situationen der „Schwarzen Koalition“ oft beobachtet, sie waren manchmal hart, geistig aber auf hoher Stufe. Da helfen alle Lausbuben-Lügen nichts.

Armes Deutschland, wohin bist du geraten! Armes Karlsruhe, wo liegt deine neue Vertretung aus!  
Und wenn die geifernde Meute Lüge auf Lüge behauptet (die nur eine geistlich-wache Leserschaft noch ernst nehmen kann), so ist Tatsache, daß die republikanischen Parteimitglieder mit Einschluß der Volkspartei (Herr Schulenburg, Koch und Herr Regierungsrat Bauer haben den Kadobrüder keine sanfte geistige Abreibung erteilt, bravo!) Würde und Anstand wahren und Herr Koch nicht anders handeln konnte. — Diesmal waren keine politisch hysterischen Frauensimmer anwesend, wie in der Festhalle, die Beifall rufen, wenn Dauerstreiter sich sinnlos heiser brüllen, daß jedem anständigen Menschen vor solcher „Ketterpartei“ der Ekel kommt.

Wenn ich innerlich noch nicht Republikaner gewesen wäre, diesmal wäre ich es sicher geworden. Alle anständigen Karlsruher an die Front! Arbeiter, Bürger, schick diesen Bürgerauschufung zum Teufel!

## Ein pazifistischer Volksfilm im U.

Seit gestern läuft im Union-Theater der Film „Der Herzschlag der Welt“, eine hochinteressante Produktion Fred Rißlos mit Lilian Gish in der weiblichen Hauptrolle. Was aber weit über das Technische und die harmlose Darstellung hinaus uns den Bildreichtum anziehend macht, ist seine lobliche Meinung. Das Werk bekennt sich unumwunden zum Weltfriedensgedanken, und man muß in der heutigen Hochkonjunktur der ökonomischen Kriegshetze und der jugendlichen Frivolität die Zivilcourage der U.-Zeitungen anerkennen, die es wagte, einen so prononzierten Friedensfilm in ihr Programm aufzunehmen. In einer artig erkundeten Rahmenhandlung werden uns die typischen Schicksale der Dabeigebliedenen, namentlich der Frauen, vorgeführt, und zwar mit ungeschminktem Realismus, dessen Lebenswahrheit uns Herz greift und dem Film geradezu zeitgeschichtlichen Wert verleiht. Wir verfolgen die wachsenden Kriegsnöte der Frauen, die um ein schwarzes Kriegsbrot Schlange stehen oder sich um eine kleine Verdienstmöglichkeit hänseln, wir leben die mit Bitterkeit aufgelegenen Säulänge langsam dahinziehenden und mittellose Frauen, deren Männer den Soldatentod sterben, die Wäde des Käfers betreten, um ihr Leben zu retten. Ein österreichischer Oberleutnant wird vorgeführt, der beim Empfang des Befehls zum Rückzug nicht in einem patriotischen Paroxysmus ausbricht, sondern mit verbissener Wut über den Blödsinn schimpft, der ihn Menschen morden heißt, die er nie gesehen hat und nicht einmal hassen kann. (Wenn dem Film solche Kühnheit nur gut bekommt!)

Der Film sieht alle romantischen Schleier vom Kriege weg. Gerade der Umstand, daß er die Spiegelung des gewaltigen Kriegsgeschehens im kleinsten Familienkreis zeigt, macht ihn so populär, und wir können ihn untern Leuten, besonders den Frauen und Jugendlichen, wärmstens empfehlen. Hier wird unsere Sprache gesprochen, und der passivste Professore, der im stillen Trübel der Kriegsviolente sein Amt ansetzen muß, formuliert die Erkenntnis jedes Passivisten mit den Worten, daß nicht Entländer und Franzosen unsere größten Feinde sind, sondern die menschliche Dummheit. Wenn nationalstiftliche Verheerung heutzutage gerade erscheint, die Wäde der Menschheit von den wahren Triebfeuern des Kriegswahns abulenken, so vermag dieser Film auch die Stumpfsten und Gedankenfaulen aufzurütteln und durch die von ihm ausgehende rein menschliche Wirkung zum Nachdenken zu veranlassen.

Darüber hinaus sind Lilian Gish und Frank Currier in den Hauptrollen zwei so qualifizierte Darsteller, daß man auch künstlerisch voll auf seine Kosten kommt. Eine passend ausgewählte distrierte Belegmusik erhöht die Gesamtwirkung auf die glücklichste Weise.

## Einföndung der Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930

Das Landesfinanzamt teilt mit: Durch Verordnung vom 10. 12. 1930 hat der Reichsminister der Finanzen die Einföndung vereinfachter Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930 genehmelt. Darnach haben diejenigen Arbeitgeber, welche den Steuerabzug vom Arbeitslohn im allgemeinen Ueberweisungs- und Behördenverfahren vorgenommen haben, für die im Laufe des Kalenderjahres 1930 (vor dem 31. 12. 1930) aus dem Dienstverhältnis ausgehenden Arbeitnehmer vereinfachte Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter im Durchschreibeverfahren in doppelter Fertigung (eine Ausfertigung für das Finanzamt, die andere für den Arbeitnehmer) auszufertigen. Die hierzu erforderlichen Vorbrude werden von den Finanzämtern unentgeltlich abgegeben. Für diejenigen Arbeitnehmer, welche am 31. 12. 1930 noch in einem Dienstverhältnis gestanden haben, ist dagegen nur die Lohnsteuerbescheinigung auf der Rückseite der Steuerarte 1930 auszustellen.

Bei Arbeitnehmern, die dem Ledigenszins unterliegen haben, ist außer der einbehaltenen Lohnsteuer auch der einbehaltenen Lohnsteuer-Ueberweisungsblatt oder in der Lohnsteuerbescheinigung einzutragen. Die Erhebung des Ledigenszins ist überdies durch

## Die Bürgersteuer

Die recht unpopuläre Bürgersteuer findet immer mehr ihre Einführung, so u. a. auch in der Stadt Karlsruhe. Es ist deshalb notwendig, über die Steuer etwas Bescheid zu wissen, weshalb wir unsere Leserschaft mit den allgem. Bestimmungen vertraut machen wollen.

Die Bürgersteuer ist endgültig durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 eingeführt worden. Sie wird zum erstenmal für das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) erhoben. Um nicht den ganzen Steuerbetrag mit einem Male zu erheben, soll die Bürgersteuer in zwei gleichen Teilbeträgen nach dem 10. Januar und nach dem 10. März erhoben werden.

### Unter welchen Voraussetzungen muß die Bürgersteuer entrichtet werden?

Die Bürgersteuer wird erhoben, wenn sie von der Gemeinde beschloffen, oder von der Aufsichtsbehörde eingeführt ist. Das trifft nicht für alle Gemeinden zu. In diesem Falle wird die Bürgersteuer nicht erhoben.

### Wer ist bürgersteuerpflichtig?

Die Bürgersteuer wird grundsätzlich von allen natürlichen Personen erhoben, die am 10. Oktober 1930 im Gemeindefeireich wohnen und an diesem Tage das 20. Lebensjahr erreicht oder überschritten hatten. Personen, die erst am 10. Oktober 1930 20 Jahre alt geworden sind, brauchen also für 1930 keine Bürgersteuer zu entrichten. Auch Ehefrauen sind steuerpflichtig, allerdings nur zur Hälfte des Betrages des Ehegatten.

Von dieser allgemeinen Steuerpflicht sind jedoch fünf Personenkategorie befreit. So darf die Bürgersteuer nicht erhoben werden von

1. die am Fälligkeitstage Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitsunterstützung empfangen,
2. die am Fälligkeitstage laufend öffentliche Fürsorge genießen, insbesondere die Kleinrentner,
3. die am Fälligkeitstage Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen. Die Sozialrentner sind jedoch nur dann von der Bürgersteuer befreit, sofern ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 Reichsmark nicht übersteigt,
4. die am Fälligkeitstage eine Zulage nach § 88 des Reichsverordnungsgesetzes empfangen. Das sind also im wesentlichen die Kriegsbeschädigten; und schließlich
5. die Personen, die am Stichtag (10. Oktober 1930) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts für die die Ausübung des Wahlrechts rüht.

Zu den am 10. Oktober vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personen zählen die Enthaltenen und Bevormundeten oder die Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten. Zu den Personen, die die Ausübung des Wahlrechts rüht, zählen vor allem die Angehörigen der Reichswehr und der Reichsmarine. Die steuerfreien Personen, die rechtlich in der Ausübung des Wahlrechts behindert waren, sind solche, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht waren, ferner Straf- und Unterzuchungsangehörige usw.

Zu den unter 1. bis 4. aufgeführten Befreiungen ist zu beachten, daß die Voraussetzungen der Befreiung am Fälligkeitstage der Bürgersteuer vorliegen müssen. Die Befreiung gilt nur für die am Fälligkeitstage der Steuerarte 1930 eintrüchtende Rate. Bezieht z. B. ein Arbeitsloser am 10. Januar 1931 eine Arbeitslosenunterstützung, so ist die am 10. Januar fällige Bürgersteuer nicht einzulösen. Aus gleiche gilt für die Rate vom 10. März, wenn der Arbeitslose auch an diesem Tage eine Unterstüfung empfängt. Empfänger der Arbeitslose nur am 10. Januar oder nur am 10. März eine Unterstüfung, so ist er nur von der Entrichtung der betreffenden Rate zu befreien.

ein „L“ zu kennzeichnen, das bei Ausstellung eines Lohnsteuerüberweisungsblattes in das aufgedruckte Quadrat und bei Ausstellung der Lohnsteuerbescheinigung in der linken unteren Ecke auf der Rückseite der Steuerarte 1930 einzutragen ist. Die Eintragung des Buchstaben „L“ ist jedoch nicht vorzunehmen, wenn der Arbeitgeber den zunächst erhobenen Ledigenszuschlag durch Anrechnung auf die bei späteren Lohnzahlungen entrichtete Lohnsteuer wieder verrechnet hat.

Die von den Personen des öffentlichen Dienstes erhobene Reichshilfe ist bei der Ausföndung der Steuerabzugsbelege in die Lohnsteuerbescheinigungen (Lohnsteuerüberweisungsblätter) grundsätzlich nicht einzutragen. Lediglich bei den Arbeitnehmern, deren Brutto-Arbeitslohn im Kalenderjahr 1930 den Betrag von 9200 M. übersteigt hat und die der Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes unterliegen haben, ist in das Lohnsteuerüberweisungsblatt oder in die Lohnsteuerbescheinigung unter den Angaben über die einbehaltenen Lohnsteuer (zusätzlich Ledigenszuschlag) der als Reichshilfe einbehaltenen Betrag unter Hinweisung des Wortes „Reichshilfe“ handschriftlich zu vermerken.

Die Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter und die Lohnsteuerbescheinigungen sind gemeindeweise alphabetisch zu ordnen und bis zum 20. 1. 1931 an die Finanzämter einzuliefern. Diese erteilen auch etwa notwendige Auskünfte.

## Kündigungsschutz nach dem Betriebsrätegesetz

Heute Freitag abend 8 Uhr spricht im Rahmen der Bildungsvereine des DGB, Herr Landgerichtsdirektor Dr. W. Schaffenburg (Frankfurt a. M.) über das Thema: „Kündigungschutz nach dem Betriebsrätegesetz“. Dr. Schaffenburg ist nicht nur Vorsitzender des Landesarbeitsgerichts Frankfurt a. M., sondern im Schrifttum über das Arbeitsrecht eine bestens bekannte Persönlichkeit. Es kann deshalb für alle Kursteilnehmer, sowie für sonstige Gemeinschaftsgenossen der Besuch eindringlich empfohlen werden.

(1) Hohes Alter. Jähren 80, Geburtstag kann heute Frau Witwe Luise Weigel begehen. Die hochbetagte Frau ist dem Alter entsprechend in verhältnismäßig guter geistiger und körperlicher Verfassung, trotzdem ihr Erdennollen nicht immer ein von Sonne besüßtes war. Täglich macht sie noch ihre Spaziergänge, zum Teil auch in weitere Entfernung. Sie schenkte 9 Kindern das Leben, von denen 3 als Opfer des mörderischen Krieges zu beklagen sind. Möge die hochgeschätzte Greisin noch recht viele Jahre sich des Erdendaseins erfreuen können und ihr ein glücklicher Lebensabend beschieden sein.

(2) Erdbebenregistrierung. Am Donnerstag morgen registrierten die Seismographen des naturwissenschaftlichen Vereins am Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe ein sehr starkes Erdbeben. Die ersten Vorzeichen traten um 3.03.31 Uhr bei der Station, die langen Wellen um 3.36 Uhr. Das Maximum der Bewegung fiel auf 3.43 Uhr. Gegen sechs Uhr kamen die Apparate

### Wie hoch ist die Bürgersteuer?

Für das Rechnungsjahr 1930 beträgt die Bürgersteuer für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 M. 6 M. Der Steuerbetrag ermäßigt sich um die Hälfte 1. für die Personen, die einkommensteuerfrei sind. Alle Personen also, die nicht mehr als 1200 M. im Jahre verdienen, zahlen nur 3 M. Bürgersteuer. Die Ermäßigung um die Hälfte gilt 2. für die Ehefrauen, sofern die Ehegatten nicht dauernd von einander getrennt leben und der Ehemann zur Bürgersteuer herangezogen wird. Bei den Ehegatten bestimmt sich für den Ehemann geltende Steuerbetrag nach dem Jahreseinkommen, das die Ehegatten zusammen haben.

In Karlsruhe wird die Steuer nach den reichsgesetzlich festgelegten Mindestbeträgen erhoben. Sie beträgt für Personen mit einem Jahreseinkommen von

nicht mehr als 8000 RM.	6 RM.
über 8000 bis mit 25 000 RM.	12 RM.
über 25 000 bis mit 50 000 RM.	50 RM.
über 50 000 bis mit 100 000 RM.	100 RM.
über 100 000 bis mit 200 000 RM.	200 RM.
über 200 000 bis mit 500 000 RM.	500 RM.
über 500 000 RM.	1000 RM.

Als Einkommen gilt das Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes für den Steuerabchnitt, der dem 1. Juli 1930 unmittelbar voranging.

### Wie wird die Bürgersteuer eingezogen?

Für die Lohn- und Gehaltsempfänger wird die Bürgersteuer im allgemeinen auf der Steuerarte angefordert, die den Lohnsteuerpflichtigen bis zum 1. Januar zugegangen ist. Diese Einbeziehung für die Gemeinden bestimmten Bürgersteuer im Wege des Lohnabzuges läßt sich jedoch nicht allgemein durchführen. In vielen Fällen ist z. B. die Bürgersteuer von der Gemeinde erst beschloffen worden, nachdem die Vorbereitungen für die Ausstellung und Zulassung der Lohnsteuerarten abgeschlossen waren. Darum wird in diesen Fällen die Bürgersteuer nicht vom Arbeitgeber im Wege des Lohnabzuges einbehalten und der einbehaltenen Betrag wird nicht auf der Steuerarte vermerkt. Die Einziehung der Bürgersteuer liegt dann den Gemeindebehörden ob.

In der übermiesigen Mehrzahl der Fälle wird die Bürgersteuer jedoch auf die Steuerarte angefordert, und der Arbeitgeber ist verpflichtet, die am 10. Januar und 10. März 1931 fälligen Raten auf den Fälligkeitstage folgenden Lohnzahlungen einzubehalten und an die Gemeindebehörden abzuführen. Die Einbeziehung der vollen Rate würde aber bei Arbeitnehmern, die wöchentlich entlohnt werden, zu Härten führen. Um diese Härten zu vermeiden, hat die Arbeitgeber ermächtigt worden, bei wöchentlichen Lohnzahlungen den Abzug jeder der beiden Bürgersteuerarten auf mehrere Lohnzahlungen zu verteilen. Grundsätzlich soll bei wöchentlichen Lohnzahlungen die Bürgersteuer auf zwei Lohnzahlungen verteilt werden. Statt eines einmaligen Abzuges von 3 M. bzw. 4,50 M. (Wochenrate) kann ein zweimaliger Abzug in Höhe von je 1,50 M. bzw. 2,25 M. (Wochenrate) erfolgen.

Diese Regelung tritt jedoch dann nicht ein, wenn ein Arbeitnehmer vor Ablauf des 14tägigen Verteilungszeitraumes aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Für die Fälle ist vorgesehen, daß der Arbeitgeber den an der vollen Bürgersteuerante noch fehlenden Betrag bei der letzten Lohnzahlung einzubehalten hat.

### Die Fälligkeit der Steuer in Karlsruhe

Die Bürgersteuer für 1930 wird je zur Hälfte am 15. Februar und 20. März 1931 fällig.

### Anforderung und Erhebung in Karlsruhe

Bei sämtlichen Steuerpflichtigen — auch bei allen Lohnsteuerpflichtigen — wird die Bürgersteuer für 1930 durch die oben erwähnte Forderungssatzung angefordert, auf dem sich nähere Einzelheiten über die Zahlungen befinden.

zur Ruhe. Die Herdenfernung beträgt circa 9000 Kilometer. Es handelt sich um das gemeldete schwere Erdbeben in Mexiko. Aufzeichnungen der Seismographen zeigen deutlich die verheerende Wirkung des Bebens.

(3) Verleihung der Rettungsmedaille. Das Staatsministerium hat dem Kaufmann Anton Otto Burk in Karlsruhe, der unter eigener Lebensgefahr ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

## Kintheim

Parteierversammlung. Am Samstag, 17. Januar, findet im Besenimmer „Zum Hirsch“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Schöpflin, Md.R., im Mittelpunkt steht. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen mögen sich bitte am Tag referieren, um recht zahlreich diese Versammlung besuchen zu können.

## Lichtspielhäuser

Sagseid. Sondervorstellung im Union-Theater. Am Sonntag, 19. Januar, in Sagseid im Union-Theater mit Ballett-Vertrag. Herr Dr. Helms-München vorgeführt. Ein Film, der für jeden Zuschauer interessant sein dürfte.

## Inventur-Ausverkauf! 10% Rabatt

auf sämtliche Stoffe  
Kamelhaardecken / Steppdecken  
Jacquarddecken / Divandecken  
**Arthur Baer** Kaiserstr. Nr. 133  
Eingang Kreuzstraße, gegenüber der kleinen Kirche  
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch!  
Ratenkaufabkommen

Die Antwort des Bürgermeisters Schöpfle Langensteinbach

Herr Bürgermeister Schöpfle, Langensteinbach, schreibt uns: Auf Ihren Artikel vom 10. d. M. möchte ich erwidern, daß es oft gefährlich ist, Bürgerausschüsse abzuwürgen...

Unter Berichterstatter schreibt uns zu diesem Brief: Daß wir Herrn Schöpfle zu einer Antwort herausforderten ergibt den Beweis, daß wir uns der Verantwortung über alle bestehenden Schritte bewußt sind...

Kleine bad. Chronik

Aus dem FD-Zug gekürt - Tot aufgefunden: Mann heim, 15. Jan. Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr fand man in der Nähe des Bahnhofs Dornberg-Grob-Gerau...

chirurgische Klinik verbracht werden, wo eine Embolie seinem Leben ein Ziel setzte.

Achtung! Falsche Reichsbanknoten zu 10 RM! Im Dezember ist in Berlin wieder eine neue Fälschung einer Zehnmarknote der Ausgabe vom 11. Oktober 1924 festgestellt worden...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Samstag: Stärkere westliche Winde, strichweise leichte Niederschläge, in der Ebene Laubwetter, im Gebirge Schneefälle.

Die Polizei berichtet: Uniformverbot

Zur Bekämpfung von mißbräuchlichen Aufzügen sieht sich die Polizeidirektion zu der Erklärung veranlaßt, daß bei der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms am 15. Januar abend in der Festhalle einige wenige auswärtige Teilnehmer in Uniform nur deswegen nicht beaufschlagt wurden...

Tumult in einer Wirtschaft

Einige junge Leute, vermutlich Angehörige der NSDAP, provozieren Donnerstag abend in einer Versammlung der Sektion Käfer des Verbandes der Nahrungs- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Karlsruhe, in einem Lokal in der Waldstraße durch Zerstörungen einen Tumult...

Verstoß gegen das Demonstrationsverbot

Etwa 40 Kommunisten versuchten am Donnerstag abend in geschlossener Ordnung auf dem Gehweg der öffentlichen Kaiserstraße zu marschieren. Sie wurden von der Polizei gestreift.

Selbstmordversuch

Am Donnerstag abend führte ein Spaziergänger im Hardwald in der Nähe des Fernheizwerkes die Hülse einer Frau. Er suchte die Umgebung ab und fand eine jüngere Frauensperson mit einem Messer in der Hand und einer tiefen stark blutenden Schnittwunde am linken Arm auf dem Boden liegend vor...

Erstwerte Körperverletzung

Ein 20 Jahre alter Stallknecht wurde festgenommen und in das Bestrafungsamt eingeliefert, weil er am Donnerstag morgen im Schloßpark der Wanderbergstraße hier einen leb. Elektroechter durch Schlags mit der Faust und einem Sparsierstift so mißhandelte, daß man den Verletzten mit einer erheblichen Kopfverletzung und einer leichten Gehirnerschütterung ins Krankenhaus einliefern mußte.

Unfall

Am Mittwoch abend stürzte ein 15 Jahre altes Lehrlingmädchen, das sich in Begleitung seiner Mutter auf dem Wege durch die Kirchstraße befand, in der Dunkelheit über den Ladebaum eines Weinstadtstraßenaes, den der Chauffeur ohne die nötigen Vorkehrungsregeln angebracht hatte. Die Tochter verletzte sich erheblich, während die Mutter, die gleichfalls zu Fall kam, ihren Kopfteil mit 30 M Inhalt verlor.

Veranstaltungen

Maschinenball in der Stadt, Festhalle: Wir wollen nicht veräumen noch einmal auf den morgen abend in der Festhalle stattfindenden Maschinenball des Sängerbund Vorwärts hinzuweisen. Der Vorwärtsmaschinenball war jedes Jahr einer der best besuchten Veranstaltungen...

Aktionen

Reichsbank. Bei äußerst niedrigen Eintrittspreisen veranstaltet der Männergesangsverein Karlsruhe am Samstag, den 17. ds. Mts., im „Ruhlen Krug“ einen Kostümball. Da die Veranstaltungen dieses Vereins stets einen edelgenen Verlauf zu nehmen pflegen, kann der Besuch nur empfohlen werden.

schöne Kunst des Geigenpiels in den Dienst der Sache stellen, und auch die Madrigalvereinigung der Christuskirche unter der Leitung des Herrn Seminarlehrers und Organisten der Christuskirche Wilhelm Rumpf will die Güte haben, mit einer Choralkantate von Max Reger die Stunde zu bereichern.

Menschen im Käfig

Ein erschütterndes und spannendes Drama spielt sich zur Zeit auf der Filmleinwand des Rexi-Kinos ab. Menschen im Käfig bezieht sich der Tonfilm. Menschen im Käfig im doppelten Sinne. Das Drama spielt sich in dem engen Gemäuer eines Leuchtturms ab und der Inhalt schildert die Not und Qual der in dieser Enge lebenden Menschen, die miteinander zu leben gezwungen sind...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg: Freitag, 16. Januar, 20 Uhr, Vertrauensmännerversammlung, im Gasthaus zum Hirsch. Erscheinung aller Genossen ist Pflicht. Sitzung des engeren Vorstandes: Freitag, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

Veranstaltungen

Bad. Landestheater: Der Mann, den sein Gefährt trieb. 20 Uhr. Bildliches Sängerband: Das Romio X (nur Theatergemeinde). 20 Uhr. Gassenmusik: Internationale Ringstämpfe. 20 Uhr.

Im Inventur-Ausverkauf bei Burckhard: Berufsmantel 1.90, Schürze -68, Landhausgardine -20, Herr enpullover 4.90, Damenstrumpf -75, Schlupf hose 1.25, Damen- u. Kinderwäsche ganz bedeutend herabgesetzt.

**Konferven**

... wenn  
daneben alles  
gefordert ist,  
dann

**Junge  
Schnitt-  
bohnen**  
Kilo-Dose von  
**50**  
an

**Gembse-  
Erbsen**  
Kilo-Dose von  
**60**  
an

**Junger  
Spinat**  
Kilo-Dose  
**60**  
an

**Karotten**  
Kilo-Dose von  
**40**  
an

**Plankuch**  
5% Rabatt

Rückkauflos  
zusammengestellt  
**Inventur-Preise**

Nachtschlamp . . . 3.78  
Klavierlampen . . . 4.50  
Tischlampen . . . 9.75  
Bügelisen . . . 4.90  
Kocher . . . 4.80  
Heizsonnen . . . 10.75  
Wärmehaube . . . 8.50

**Radio  
Beleuchtung Karper**  
Amalienstraße 25a

Gut möbl. Zimmer  
heizb., elektr. Licht auch  
vorh. bei Zeit. Wör-  
genstraße 31, 3. Stod

**Pflaumen-  
Mus**  
nach  
Hausfrauenart  
offen  
Pfund  
**45**  
Pfeffrig  
**Plankuch**  
5% Rabatt

**Plankuch**  
5% Rabatt

**Plankuch**  
5% Rabatt

**Plankuch**  
5% Rabatt

**Carl Schöpf**  
Marktplatz

**Montag Abend, den 19. Januar**

**Schluß**  
des Inventur-Ausverkaufs

**10% Rabatt** auf alle i. Preise  
nicht besonders  
ermäßig. Waren **10% Rabatt**

Der Erfolg der diesjährigen

**Inventur-Ausverkaufs**

war bisher ganz gewaltig. Ein Beweis dafür, daß die gebotenen Vorteile  
**eine wirklich seltene Einkaufsgelegenheit** darstellen.

Um eine rasche, möglichst vollständige Räumung zu erzielen, habe ich meine Läger,  
namentlich in fertiger Damen- und Kinderbekleidung einer erneuten Prü-  
fung unterzogen und die Preise größtenteils noch weiter herabgesetzt. Jeder Ein-  
kauf meiner bekannt guten Qualitätswaren in

**Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung, Kleider- u. Seidenstoffen**  
Baumwollwaren, Aussteuerartikeln, Schlaf- u. Steppdecken, Damen- und Herren-Wäsche  
jeder Art, Herren- und Knaben-Anzugstoffen bedeutet für Sie eine große Ersparnis.

**Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe**

**Öffentliche Zahlungserinnerung**  
(Mahnung)

Die Arbeitgeber haben lagungsgemäß  
ihre Kassenbeiträge für den abgelaufenen  
Monat hiers in der Zeit vom 4. bis 15.  
des folgenden Monats am Kassenbureau  
einzusenden. Diejenigen Schuldner  
welche mit der Zahlung für den abgelaufenen  
Monat im Verzugs sind, werden  
hiermit aufgefordert, längstens innerhalb  
8 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls  
ohne Weiteres die Zwangsverfügung  
durchgeführt werden dürfte. Eine Ver-  
söhnung der Beiträge findet nicht mehr  
statt.

Vorstehende Mahnung gilt nicht für  
Arbeitgeber, welche die Beiträge inner-  
halb 3 Tagen nach jeder Zahlungsabfuhr an  
die Kasse abzuführen haben.

Karlsruhe, den 16. Januar 1931.

Der Kassenvorstand.

**Durlacher Anzeigen**

**Bürgerauschussversammlung.**  
Ich berufe hiermit die Mitglieder des  
Bürgerauschusses zu einer Versammlung  
auf

**Mittwoch, den 21. d. M., 18 Uhr**  
in den Rathsaussaal.

**Tagesordnung:**

1. Vertiefung der Turmbauarbeiten  
II. Teil (Vorlage Nr. 51).
2. Beschäftigung von Rohlfabrikanten  
lojen (Vorlage Nr. 52).
3. Vertiefung des Rechnungsprüfungs-  
auschusses. 238

Durlach, den 15. Januar 1931.  
Der Oberbürgermeister.

**Berein für Homöopathie  
und Naturheilkunde - Durlach**

Zu der am 18. Januar, nachmittags 3 Uhr,  
im Lokal zur „Traube“ stattfindenden  
**General-Versammlung**  
sind die Mitglieder und Ehrenmitglieder freund-  
lichst eingeladen.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.  
Anträge dazu sind an den Vorstand einzureichen.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wünsch-  
lich.

Der Vorstand.  
Anschließend: Gemüt. Beisammensein

**Reichsgründungsfeier**

Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens des  
Deutschen Reiches findet am

**Samstag, 17. Januar 1931, abends 8 1/2 Uhr**  
in der Stadthalle ein Festakt unter Mit-  
wirkung des Gesangsvereins „Liedertafel“  
sowie des Musikvereins statt.

Die gesamte Bevölkerung der Stadt lade  
ich namens des Gemeinderats zur Teilnahme  
an dieser Feier ergebenst ein.

Zu dem Festakt haben Jugendliche unter 16  
Jahren nur in Begleitung der Eltern oder  
Erwachsener Zutritt.

Ettlingen, den 14. Januar 1931.  
Der Bürgermeister: Kraft

**Trägst Du das  
Karlsruher  
Notabzeichen?**  
Preis 50 Pfg.

Erhältlich bei der Geschäftsstelle  
unserer Zeitung, sowie in den durch  
Plankuch empfohl. Geschäften

**St. Jakobs-Balsam**  
„Echter“ zu Mk. 3.—

von Apoth. C. Trautmann, Basel. Haus  
mittel ersten Ranges für alle wunden  
Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand  
Hautleiden, Piefchen, Wolf, Frostbeulen  
Sonnenbrand, Nachahmungen zurück-  
weisen. In den Apotheken zu haben

**Konservatorium Post für Musik**  
Dir. Herm. Post, staatlich anerkannter Musikpädagoge  
für Violine - Seminarstraße 3, Telefon Nr. 1940.  
Ausbildung in allen Fächern der Musik. Siehe Pro-  
spekte. - Auch Abend-Unterricht - Anmeldungen täglich.

**Druckarbeiten** aller Art liefert schnell die  
Serlagsdruckerei  
Volksfreund G.m.b.H.

**Sie versäumen etwas**  
wenn Sie den Höhepunkt des  
Inventur-Ausverkaufs nicht ausnützen

**Nur noch 3 Tage: Freitag, Samstag, Montag**  
Hier das Resultat einer letzten schonungslosen  
Überprüfung der Lagerstände:

Herren-Unterhosen woll- zeimsch . . . . . 1.25 - .95	Schotten für Hauskleid m. Hautuch, 140 cm breit kritische Ware . . . . . - .95
Damen-Schleier mit an- geraumtem Futter . . . . . - .95	Zeile für Herrenhemden besonders billig . . . . . - .80
Damen-Schleier, echt Krypt. Maco-Plüsch . . . . . 1.75	<b>Für die Faschingszeit</b>
<b>Für die Ball-Saison</b>	Wachseide, viele Farben . . . . . - .75
Damen-Schleier, Kunst- seide, in allen moder- nen Farben . . . . . Paar - .48	Masken-Samt . . . . . 1.35
Mask-Schleier in ver- schied. Farben . . . . . Paar - .95	Seitvorläge 45 x 80 Stück 1 Purpurne-Linien kompl. mit Klammern, brüniert 1.75
Damen-Strümpf, Woll- plattiert, schwarz und farbig . . . . . Paar 1.10	<b>Preiswerte Wirtschaftsartikel</b>
Korsett-Jacken, meliert krit. Qualität . . . . . Paar - .66	1 Posten Tortenplatten schöne Dekors . . . . . - .95
Damen- und Herrenhand- schuhe, Tricot, gerahmt Kuchentischwand oder Wandehöner, grau vor- gezeichnet . . . . . - .95	1 Bürstengarantur, steil, besten, aus Schrubber, Abreibbürste, Wasch- bürste, Handbürste, Topf- reiber . . . . . zusammen - .95
Schleier, schwarz, fertig gestickt . . . . . - .95	<b>Gegen die Kälte</b>
1 Knie- oder Knien- schleier-Rips . . . . . - .35	Ohrschützer . . . . . Paar - .40
2 Stummelgarnen, mod. rne Form . . . . . - .90	Leibwärmer . . . . . Stück - .80

**SCHMOLLER**  
Das Haus, in dem Sie gut und billig kaufen

**Schlafzimmer**  
echt beigebeizt Schrant  
mit Innenpiegel, Kar-  
mor, noch nicht benutzt,  
zum Spottpreis von  
470.- RMk. zu ver-  
kaufen. Seltene Ge-  
legenheit für Brautleute  
Offert. unter Nr. 1162  
an d. Volksfreundbüro

**Todes-Anzeige**  
Freunden und Bekannten die schmerzliche Nach-  
richt, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Sabina Werz**  
geb. Schwarz

nach langer, schwerer Krankheit verschieden ist.  
Karlsruhe, den 15. Januar 1931  
Trauerhaus: Herderstr. 4

Fridolin Werz, Werkmeister  
Rosa Werz  
Karl Werz, Ingenieur

Die Beerdigung findet am Samstag, 17. Januar, nachm.  
1 1/2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

**Militarismus ohne Maske**  
Bericht von einem furchtbaren Erleben ist das Buch  
des ehemaligen Fremdenlegionärs **Alois Weid**

**Die Hölle  
von  
Cayenne**

Ohne literarischen Ehrgeiz, schlicht und ehrlich,  
erzählt ein mittelbadischer Proletarier, was er in  
der Fremdenlegion, bei Abd el Krim und in der  
französischen Strafkolonie Cayenne erlebt hat. Das  
Buch wird durch seine erregende Tatsachensprache  
zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen den  
Militarismus und den militärischen Strafvollzug, er-  
hoben in dem Sonderfall der „Legion“. Es ist  
gleichzeitig Anklage und Warnung und muß von  
Alt und Jung gelesen werden.

Preis karton. bei 192 Seiten mit fünf lebenswahren  
Zeichnungen und einem Umschlagbild. **RM. 2.70**

**Volksfreund-Buchhandlung**  
Karlsruhe i. L. Waldstraße 35. Fernruf 7020/21.

**Die Hölle  
von  
Cayenne**

Ohne literarischen Ehrgeiz, schlicht und ehrlich,  
erzählt ein mittelbadischer Proletarier, was er in  
der Fremdenlegion, bei Abd el Krim und in der  
französischen Strafkolonie Cayenne erlebt hat. Das  
Buch wird durch seine erregende Tatsachensprache  
zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen den  
Militarismus und den militärischen Strafvollzug, er-  
hoben in dem Sonderfall der „Legion“. Es ist  
gleichzeitig Anklage und Warnung und muß von  
Alt und Jung gelesen werden.

Preis karton. bei 192 Seiten mit fünf lebenswahren  
Zeichnungen und einem Umschlagbild. **RM. 2.70**

**Volksfreund-Buchhandlung**  
Karlsruhe i. L. Waldstraße 35. Fernruf 7020/21.

**Die Hölle  
von  
Cayenne**

Ohne literarischen Ehrgeiz, schlicht und ehrlich,  
erzählt ein mittelbadischer Proletarier, was er in  
der Fremdenlegion, bei Abd el Krim und in der  
französischen Strafkolonie Cayenne erlebt hat. Das  
Buch wird durch seine erregende Tatsachensprache  
zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen den  
Militarismus und den militärischen Strafvollzug, er-  
hoben in dem Sonderfall der „Legion“. Es ist  
gleichzeitig Anklage und Warnung und muß von  
Alt und Jung gelesen werden.

Preis karton. bei 192 Seiten mit fünf lebenswahren  
Zeichnungen und einem Umschlagbild. **RM. 2.70**

**Volksfreund-Buchhandlung**  
Karlsruhe i. L. Waldstraße 35. Fernruf 7020/21.

**Schlaf-  
Zimmer**  
Eiche, gebeizt  
1 d. eitr. Garderobe-  
schr. m. Innenspieg.  
1 Waschkommod.  
Spiegelauflage  
2 Bettstellen  
2 Nach-  
tische  
2 Stühle  
1 Hand-  
tuchhalt.

**350.-**

**Möbelhaus  
Marx Kahn**  
Waldstr. 22  
neben Colosseum

Kinderl. Ehepaar sucht  
auf 1. April möbl. 2-3-  
Zimmer-Wohnung  
hart/West-Südwestlich  
Aug. Böhler, Hlhand-  
straße 3, 3. Stod.

Bade-Einrichtung  
weiße email. Wanne mit  
Ofen für Dampf- u. Stöhlen-  
heizung, inbell. erh. halt.  
umzugsfertig sehr bill.  
zu verkaufen. 1178  
Schumannstr. 5, 1. St.

**Obst-  
Konferven**

... wenn  
es etwas  
Besonderes  
geben soll

**Pflaumen**  
mit Stein  
Kilo-Dose  
**70**

**Preisel-  
beeren**  
Kilo-Dose  
**120**

**Erd-  
beeren**  
Kilo-Dose  
**160**

**Mira-  
bellen**  
Pfund-Dose  
**60**

**Plankuch**  
5% Rabatt

**Weiterer  
Hasen Abschlagn**

1 Waggon ca. 15-20 Stück  
**schußfrische Hasen**  
ist diese Woche eingetroffen und ver-  
kaufe, um sofort zu räumen, zu nach-  
folgend billigen Preisen.

Hasen ganze, abgezogen und 80 d.  
Rücken u. Schlegel per Pfund **1.10**  
nur  
Ragout . . . . . per Pfund **70**

Obige Preise verstehen sich wenn  
im Geschäft abgeholt - Ferner  
empfehle: Rohwild, H. Mast-  
schneigel, Fluß- u. Seetische

**Carl Pfefferle**  
Haupt-Erbsprinzenstr. 23 - Tel. 1415

**Knielinger Anzeigen**

**Bekanntmachung**  
Am Mittwoch, den 21. Januar, wird das  
Geldb. abgegeb. Der Hol-magelstein muß  
bis dahin bezahlt werden.

Gemeindefasse.

**Ein gutes Inserat**  
am richtigen Platze  
hat in dem weitverbrei-  
teten Volksfreund immer  
den gewünschten Erfolg

**Friedrich Töpfer**  
Haalt Lotterie-Ein-  
nehmer der deutsch-südd.

**Klaffen-Lotterie**  
Karlsruhe, Irregstr. 3a  
Ede Hauptstr. 27  
Telephon 6286  
und 6110

Wesentliche Erhöhung  
der Gewinnmöglichkeit,  
bei Verdreifung der  
Mittelgewinne bei  
gleicher Loszahl.

**Ziehung v. Preise**  
vom 9. Febr. - 14. März  
Schluß der Erneuerung  
2. Februar

**Volks-Chor**  
Karlsruhe-West e.  
Deute Freitag abends  
8 Uhr im Vereinslokal  
„Drei Linden“,  
Helmstraße 14  
Erdentische  
General-  
versammlung

**YOUTHaupt-  
Schlafzimmer**  
mit  
Stuhlbauumrahmung  
Santareuzlos billig!  
Auch Kopfnar und  
Kopfmattentagen.  
Matrassen in jeder ge-  
wünschten Ausführung  
Kederbetten, Kofher-  
möbel.  
Marie-Alexandra-  
Straße 16

**Waden-Koffein**  
Sarties gut erd. mit  
Fog. für 5. 20. zu  
erhalten. 12. 5. St.

**Volks-Hochschule  
Rastatt**  
Freitag, 16. Jan., abends 8 Uhr,  
im „Museum“ Herr Professor  
Dr. Schindler (Rastatt):  
„Sigrid Undset  
und ihr Werk“  
Jedermann willkommen!  
Eintritt frei!

**Wein**  
offen  
Liter  
**60**  
Pfeffrig  
Versuchen Sie  
bitte und Sie  
werden  
nachbestellen

**Arbeiter!** Berücksichtigt bei Eueren  
Einkäufen stets die Vor-  
zügen dieser Zeitung!

**Plankuch**  
5% Rabatt